

Die Postmacht erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. Bezugspreis einschließlich der illustrierten Beilagen „Die neue Welt“ und „Für unsere Frauen“ monatlich 75 Pfg., vierteljährlich 2,25 Mk. einschließlich Trägerlohn. In den Abbestellen monatlich 60 Pfg. Durch die Post bezogen vierteljährlich 2,25 Mk. einschließlich Postgebühren. Einzelnummer 5 Pfg.

Volksrecht

Anzeigenpreise:
Die 6 gespaltene Zeile 20 Pfg., für auswärts 30 Pfg., die 8 gespaltene Zeile 30 Pfg., die 10 gespaltene Zeile 40 Pfg. Anzeigen mit Platzbestimmung werden besonders berechnet. Bei Wiederholungen Rabatt laut Tarif

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition
Paradiesgasse Nr. 32

Publications-Organ der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion und Expedition 3290

Beilagen: Die neue Welt, illustriertes Unterhaltungsblatt
Für unsere Frauen mit illustrierter Modenzeitsung

Nr. 64

Danzig, Montag den 18. Mai 1914

5. Jahrgang

Seltene Regierungsniederlagen im Dreiklassenparlament.

Am Freitag diskutierte man im Dreiklassenparlament den geplanten Umbau des Berliner Opernhauses. Die Regierung empfiehlt einen Entwurf Ludwig Hoffmanns, des Berliner Stadthourats und hervorragenden Künstlers. Der Eifer, mit dem die Minister für den Entwurf eintreten, beweist, daß der König an ihm Gefallen findet.

Wenn auf Staatskosten Kunstbauten gebaut werden, kommt es natürlich nicht darauf an, ob sie dem König, sondern ob sie dem Volke gefallen. In Kunstkreisen sind die Ansichten geteilt. Ludwig Hoffmann, der Erbauer des Reichsgerichts, ist sicher ein sehr hervorragender Architekt. Die Budgetkommission stand nun schwerlich unter dem Eindruck, daß die bürgerlichen Parteien unklug sein würden, auch diesmal wieder der Sozialdemokratie Agitationsmaterial zu liefern. Es wäre z. B. toll gewesen, wenn das alte, für seine bisherigen Zwecke unzulängliche Opernhaus, an dessen Bau wegen seiner Schönheit Tausende von Spaziergängern aller Klassen ihre Freude haben, eingegangen und im fiskalischen Interesse auf Abbruch verkauft worden wäre. Die von der Stadt Berlin dem Staat als Beitrag für den Opernhausbau zur Verfügung gestellten Grundstücke haben nur dann finanziellen Wert, wenn sie verwertet werden und nicht aus bureaukratischen Launen unverwertet bleiben.

Die Budgetkommission beantragte nun, die erste Bau-rate von 500 000 Mark zu bewilligen, aber folgenden Zusatz zu machen:

Jedoch darf der Bau auf Grund des Hoffmannschen Entwurfs nicht begonnen werden, bevor die Akademie für das Bauwesen über wesentliche Einzelheiten des Entwurfs gehört ist, die Voraussetzungen festgelegt sind, an welche die Stadt Berlin ihre Beteiligung geknüpft hat, eine Verwertung der durch diese Beteiligung dem Staat zufallenden Grundstücke in der Alsenstraße und am Kleinen Königsplatz in Höhe von mindestens 6 Millionen Mark festgelegt und die Verwendung des alten Opernhauses unter wesentlicher Erhaltung seiner Architektur zu Umverhältniszwecken sichergestellt ist.

Die Nationalliberalen waren damit nicht einverstanden, sondern beantragten, die Forderung vorläufig abzulehnen, den Entwurf aber von der Bauakademie prüfen zu lassen. Die Bauakademie besteht zur Hälfte aus Staatsbeamten. Der nationalliberale Vorschlag gefällt sicher einzelnen Kreisen der besitzenden Klasse, die zur hohen Bureaucratie noch Vertrauen haben.

Genosse Hoffmann führt dazu aus:

Mein Parteigenosse Liebherr hat unseren sachlichen Standpunkt zu dieser Frage schon öfter dargelegt. Wir hätten einen allgemeinen unbeschränkten Wettbewerb gewünscht, zu dem auch jetzt noch Zeit wäre. Von einer nochmaligen Prüfung des Entwurfs durch die Bauakademie können wir bei ihrem bureaukratischen Charakter nichts erwarten, besteht sie doch zur Hälfte aus Staatsbeamten. Der Polizeipräsident hat ja darin recht, daß das alte Opernhaus mit seinen Anzentrappen und seinen vogelkäfigartigen Zuschauerräumen ebenso gefahrt sein wie für die Besucher der Hofloge; wer jemals im alten Opernhauses auf den Olymp hinaufgestiegen ist, der weiß, daß diese Bedingung dort nicht erfüllt ist. Wir sind nicht in der Lage, einen selbständigen Antrag einzubringen. Wenn von anderer Seite ein unbeschränkter Wettbewerb beantragt würde, so würden wir dafür stimmen, so aber bleibt uns nichts übrig, als den Antrag der Budgetkommission anzunehmen.

Die Mehrheit nahm merkwürdigerweise den von der Regierung entschieden bekämpften nationalliberalen Antrag an, für den die Nationalliberalen, das Zentrum und die Polen stimmten. Eine kleine Minderheit der Freikonservativen und der Fortschrittler stimmte gleichfalls für den Antrag. Es wird abzuwarten sein, ob der seltene Antrag auch in der dritten Lesung Annahme finden wird. Die Konservativen, die diesmal mit den Sozialdemokraten zusammenstimmten, waren sehr schwach vertreten; die Junker haben durch ihr Schwänzen die Abstimmung verdundelt.

Keine Niederlage erleidet leider die Regierung bei einem merkwürdigen Grundstücksdeal. Ein adliger angeblicher „Bankdirektor“ v. Winterfeldt hatte sich in sonderbare Grundstücksgeschäfte mit dem Kriegsministerium eingelassen. Herr v. Winterfeldt ist mittellos, bekam aber die Mittel zu den Geschäften von der Dresdener Bank geliehen, d. h. er war nur eine vorgeschobene Person, die mit hohen Provisionen abgefunden wurde, während die Dresdener Bank dahinter stand. Der Chef des Militärkabinetts Freiherr v. Lynker wollte eine wunderwilde Villa und ein neues Bureaugebäude für das Militärkabinett. Ohne die nach der Verfassung erforderliche Genehmigung des Reichstags abzuwarten, beauftragte nun der frühere Kriegsminister Herr v. Winterfeldt, eine Villa in der Victoriastraße in Berlin anzukaufen und umbauen zu lassen, ferner auf dem Nachbargrundstück ein Gebäude für das Militärkabinett errichten zu lassen. Als Gegenleistung sollte Winterfeldt das Grundstück bekommen, auf dem jetzt in der Behrenstraße in Berlin das Militärkabinett steht,

jerner ein dem Reich gehöriges Grundstück in der Königgräberstraße. Im Reichstag war für das Projekt keine Mehrheit zu finden, auch wollte der preussische Staat zum Neubau des Finanzministeriums und zur Anlage eines vom Abgeordnetenhaus erlangten geforderten Gartens das Grundstück in der Königgräberstraße vom Reich kaufen.

Winterfeldt verlangte nun, da ihm in Grundstücken kein Gegenwert wurde, den Kaufpreis in barem Gelde. Der Reichstag bewilligte das Geld, aber nur unter der Bedingung, daß für jeden dem Reich erwachsenden Nachteil die Beamten regreßpflichtig gemacht werden, welche ohne Genehmigung des Reichstags den Vertrag mit Winterfeldt abgeschlossen haben. Der Reichstag verbot, daß das Militärkabinett und sein Chef in den Palast und die entzückende Villa in der Viktoriastraße einziehen dürfen.

Nun hat die Regierung die verantwortlichen Beamten des Reiches, wie es scheint, nur der Regreßpflicht dadurch geschützt, daß sie ein Geschäft des Reiches mit dem Staat abschloß. Der Reichsfiskus hat dem preussischen Staat die Grundstücke in der Königgräberstraße für 6 Millionen Mark angeboten; aus diesen 6 Millionen sollen 2600 000 Mark von der für Herrn v. Winterfeldt gezahlten Summe bestritten werden. Man wird dann vorrechnen, daß die regreßpflichtigen Beamten vom preussischen Staat so viel herausgeschlagen haben, daß der Reich durch die ohne Genehmigung des Reichstags abgeschlossenen Geschäfte kein Nachteil erwachsen ist.

Die Mehrheit des Abgeordnetenhauses, Konservativ, Freikonservativ, Nationalliberal, Zentrum und Fortschrittler billigte am Freitag den sonderbaren Kauf. Der Staat zahlt 2 600 000 Mk. zu viel an das Reich und rettet dadurch Beamte, die unter Verletzung der Verfassung ohne Genehmigung des Reichstags für das Reich Grundstücksgeschäfte abgeschlossen, vor dem Verlust ihres Vermögens. Dadurch wird die Regierung ermuntert, die Reichsverfassung noch ganz anders zu verletzen wie bisher. Aber die genannten Parteien, auch die Fortschrittler, wollen die Reichsverfassung nicht schützen, weil sie in der Regierung einen wirksamen Schutz der besitzenden Klassen gegen den Reichstag des allgemeinen Stimmrechts sieht.

Ueber die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses über den Grundstückskauf haben wir folgenden Bericht erhalten:

Es folgt die Beratung des Nachtragsetats von 6 Millionen Mark für Grundstücksankäufe in der Umgebung des Abgeordnetenhauses für den Neubau des Finanzministeriums und eventl. auch zur einstweiligen Anlegung eines Gartens für das Abgeordnetenhaus.

Abg. W. Hoffmann (Soz.): Der Reichstag hat sich diesen Grundstücksangelegenheiten, die unter dem vorigen Kriegsminister vorgenommen worden sind, ganz entschieden widerlegt und beschlossen, daß das hier in Frage kommende Grundstück in der Viktoriastraße nicht für das Militärkabinett verwendet werden darf, und daß die Schuldigen regreßpflichtig gemacht werden sollen. Nun aber sollen die preussischen Steuerzahler herangezogen werden, um den Schuldschein der Regreßpflicht abzunehmen. Man will angeblich den Wünschen des Abgeordnetenhauses entsprechen, womit man es sonst nicht so eilig hat. In dem Nachtragsetat sind die 2,6 Millionen Entschädigung für den Grundstückspekulanten enthalten. Die preussischen Steuerzahler sollen, während sie sonst immer Preußen gegen das Reich ausspielen, die Umgehung des Reichstags durch das Kriegsministerium bezahlen. Wenn wirklich nach einer Verletzung des Ministers kein berechtigter Anspruch des Winterfeldt vorliegt, warum hat man dann sich auf ein Schiedsgerichtsverfahren eingelassen? Der Tagwert des Grundstücks ist nur auf 3,39 Millionen angegeben — das übrige bekommt der hochadlige Vermittler! Gegen diesen Spekulant schwebt jetzt bei der Oberstaatsanwaltschaft ein Strafverfahren. (Hört! Hört!) Wir fordern, daß das Abgeordnetenhaus es ablehne, die Regreßpflicht der Schuldigen auf die preussischen Steuerzahler zu überwälzen! (Lebhafte Bravo! b. d. Soz.)

Finanzminister Dr. Lenz: Wir wollen keineswegs Reichsbeamten eine Regreßpflicht abnehmen. Die Vorlage entspricht dem im Vorjahre vom ganzen Haus mit Ausnahme der Sozialdemokraten geäußerten Wünschen. Uns scheint der Ankauf für Preußen günstig; kommt er nicht zustande, so greift sofort das Reichsgericht ein.

Abg. W. Hoffmann (Soz.): Wenn der Kriegsminister nicht in der Falsche gefaselt hätte, wären die Wünsche des Abgeordnetenhauses, für die übrigens auch wir gestimmt haben, so rasch nicht erfüllt worden. Wir haben uns nur dagegen gewandt, daß der Grundstückspekulant v. Winterfeldt hier 2,6 Millionen verdienen soll. Diese Provision steckt in den 6 Millionen und die sollen die preussischen Steuerzahler für die Sünden der Reichsregierung aufbringen. Das dürfte in einer geordneten Verwaltung nicht vorkommen. (Beifall b. d. Soz.)

Minister Dr. Lenz: Die Geschäfte v. Winterfeldt haben mit dieser Sache nichts zu tun. Unser Kontrahent ist der Reichsfiskus allein. Die Preisfestsetzung für das Reichsgrundstück ist Sache des Reichsfiskus (Abg. b. d. Soz.); warum er den Preis gerade so hoch angelegt, ist seine Sache. Nichtgemäß habe ich zu erklären, daß das Geschäft für Preußen vorteilhaft ist. Darauf kommt es an und deshalb empfehle ich es. Was der v. Winterfeldt bekommt oder nicht, geht uns nichts an.

Abg. W. Hoffmann (Soz.): Es kann doch nicht gleichgültig sein, ob wir die Grundstücke um 2,6 Millionen billiger bekommen oder nicht! (Sehr wahr! b. d. Soz.) Ohne die Schließung des Kriegsministeriums wären diese Millionen den Steuerzahlern erspart geblieben. Hier wird ein Milieu auf den Geldbeutel der preussischen Steuerzahler unternommen! (Lebhafte Zustimmung b. d. Soz.)

Gegen die Sozialdemokraten und Polen wird die Vorlage angenommen.

Es folgte die Beratung über die Sturmjäger auf der Ostsee.

Die Kommission beantragte auf Grund der Anträge der Konservativen und Nationalliberalen, die Regierung um verschiedene Maßnahmen, überwiegend zu Kosten des Staates, aufzufordern. Der Staat solle die Kosten für Rettungs- und Hilfsarbeiten, sowie für den Ausbau des Uferschutzes übernehmen, auch den durch die Sturmflut Geschädigten zinslose Darlehen gewähren.

Als nun ein paar Geheimräte erklärten, „so hohe“ Ausgaben könnten dem Staat nicht gut zugemutet werden, lenkten Redner der Konservativen und Nationalliberalen ein. Gegen diese Herren wandten sich mit großer Entschiedenheit die Abg. Lippmann (Fortfchr. Volksp.) und Genosse Braun. Vergeblich hatten die Konservativen, von denen mehrere Redner zu Wort gekommen waren, versucht, auch diesmal unsern Genossen Braun das Wort abzuschneiden. Indes wurden wiederholte Schlußanträge abgelehnt. Lippmann und Braun liefen nach, welche Entrüstung die Ablehnung der Anträge in Ostpreußen hervorrufen mußte. Braun führte aus:

Die Abgeordneten würden zu Drahtpuppen der Regierung, wenn man auf jedes „Unannehmbar“ der Regierung zusammenklappe. (Sehr richtig! links.) Noch wichtiger als die Rettung und Hilfe bei den so schweren Sturmflutkatastrophen an der See, ist die endliche Inangriffnahme der Korrosionsmaßnahmen und Schutzbauten, namentlich in Kommeren und Ostpreußen, wo bei Ueberschwemmungen oft genug ganze Dörfer wochenlang vom Verkehr abgeschnitten sind. Das ewige Bemessen und Pläneanlegen muß auch einmal ein Ende haben, und zu positiven Maßnahmen führen. Wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, dann ist es zu spät zur Vorbeugung! (Zustimmung auf verschiedenen Seiten.)

Der Antrag wurde schließlich einstimmig angenommen; das ist der Regierung nicht angenehm, nicht aber den armen Leuten in der Gegend von Memel nichts. Solange die Regierung die Mittel zum Regieren bewilligt bekommt, auch wenn sie sich einstimmigen Beschließen des Parlaments nicht fügt, sind die wenigen volksfreundlichen Beschlüsse des Abgeordnetenhauses für die Krage.

Am Sonnabend stehen kleine Vorlagen auf der Tagesordnung.

Der Reichsratsabgeordnete als Polizeispiegel

Am Mittwoch begann vor dem Prager Schwurgericht die Verhandlung in der Beleidigungssache, die der ehemalige Reichsrats- und Landtagsabgeordnete und Obmann des reichsrätlichen Klubs der tschechisch-nationalsozialen Partei, Dr. Karl Svihla, gegen den verantwortlichen Redakteur der Prager Mladni Bity, Dr. Servaz Heller, angestrengt hat. Das Blatt hatte den Abgeordneten beschuldigt, daß dieser unter dem Namen „Wiener“ teils für ein Monatsgehalt von 800 Kronen (660 Mk.), teils für besondere Entlohnungen, vom Jahre 1910 an der Staatspolizei Spitzeldienste leistete, durch die er zum Schaden der tschechischen Politik vertrauliche Beschlüsse seiner eigenen Partei verraten habe.

Dr. Heller erklärte, er wolle den Wahrheitsbeweis dahin führen, daß der Kläger in Verbindung mit der Polizei gestanden habe, und daß die Beschuldigung vom Standpunkt der politischen Moral wahr sei. An Hand der Nachrichten des Abgeordneten Anz, früherer Redakteur der Mladni Bity, erklärte der Angeklagte, daß ein tschechischer Jurist in der Redaktion die vertrauliche Mitteilung gemacht, daß Svihla Vertrauensmann der Staatspolizei sei. Er habe hierfür 9600 Kronen jährlich bezogen. Ueberdies habe er für besondere Nachrichten Extrahonzare erhalten.

Dem Antrage des Verteidigers entsprechend, sollen eine Reihe von Zeugen, darunter die Mitglieder des Geheimtribunals, das den Schuldspruch über Svihla im Nationalrat auf Grund der vorgelegten Beweise gefällt hat, als Zeugen geladen werden.

Während des zweiten Verhandlungstages am Donnerstag erklärte der Abgeordnete Klossak als Zeuge, daß der Hauptzeuge gegen Svihla, der Jurist Bastita, mit 2000 Kronen bestochen worden sei. Diese Mitteilung sei ihm von einem seiner Bekannten, dem Studenten Blachta, gemacht worden. Da Klossak angibt, daß der anwesende Abgeordnete, Professor Massarik, soeben mit dem Blachta gesprochen habe, wird Massarik sofort als Zeuge vernommen und bestätigt die Aussage Klossaks.

Der Parteigenosse Svihlas, Abgeordneter Stribrny, erklärt als Zeuge, ihm habe ein Postbeamter mitgeteilt, daß der Beamte der Staatspolizei, Klima, mit dem Svihla in Beziehungen gestanden haben soll, dem Postbeamten den Antrag gemacht habe, gegen Straffreiheit und für 2000 Kronen (1700 Mark) die jeweilige Korrespondenz des deutschen Volksrates in Trebnitz aus dem Postbureau heraus für 24 Stunden zur Einsicht zu geben, ein Anfinnen, das der Postbeamte abgelehnt habe!

Es wurden dann noch zahlreiche Zeugen vernommen.
Am Freitag sprach der Vorsitzende in Prag den Angeklagten frei!
Die Geschworenen waren einstimmig der Meinung, daß der Wahlscheitler schuldig sei.
Die tschechisch-nationalistische Partei ist eine bürgerliche Partei mit einigen proletarischen Ansprüchen. Sie hat ihre Führer in den Kreisen bester gebildeter Tschechen, die auf Grund ihres gesellschaftlichen Verkehrs zur Bourgeoisie und auf Grund ihrer wirtschaftlichen Lage zum Proletariat neigen. In der Politik schwanken sie hin und her.
Es steht fest, daß der Beschuldigte ihrer Abgeordneten-Fraktion, also einer ihrer besten Führer, der Politik für gute Bezüge (etwa 8400 Mark jährlich) gegen seine eigene Partei Spitzeldienste geleistet hat. Diese Korruption beweist nicht nur, daß der Pump Solha ein abgefeimter Schurke ist, sondern wie infam er Mittel für die österreichische Politik bedient. In Österreich wie in allen andern Ländern sollten die Parlamente die Gehaltsfonds der politischen Vorkämpfer ablehnen, wenn sie auf Anstand im öffentlichen Leben Wert legen.

Politische Uebersicht

Deutschland

Berlin, 14. Mai. In der heutigen Sitzung des Bundesrats wurde den zuständigen Ausschüssen über- wiesen die Entwurfs von Abänderungen der Ausführungs- bestimmungen zum Gesetze betreffend Schlachtvieh- und Fleisch- beschau, die Vorlage betreffend Neuwahl der nichtständigen Mitglieder des Reichsversicherungsamts aus dem Stande der Arbeitgeber und der Versicherten und die Anleiheentwurf für die Schutzgebiete 1912. Dem ziemlich humoristischen Antrage des Herzogtums Braunschweig wegen Prägung von Fünf- und Dreimarkstücken in Form von Denkmünzen aus Anlaß des Regierungsantritts des Herzogs zu Braunschweig und Lüne- burg wurde zugestimmt. Zur Annahme gelangten die Be- kanntmachung über die Einrichtung und den Betrieb von An- lagen zur Herstellung von Bleifarben usw., der Antrag Bremens betreffend die Aufhebung der städtischen Studienanstalt (Oberrealschule für Mädchen) in Bremerhaven, der Entwurf für Änderungen der Bestimmungen zur Ausführung des Weini- gesezes betreffend Herstellung von Malzweln, die Vorlage be- treffend Anrechnung der Hilfsbedienstetenzeit als pensionsfähige Dienstzeit bei Beamten der Reichseisenbahnverwaltung und die Änderung der Verordnung über die Tagelöhner usw. von Beamten der Betriebsverwaltung der Reichseisenbahnen.

Der Wiener Gemeinderat hat seinen geplanten Besuch in Berlin verschoben. Wie das Nachrichtenamt des Berliner Magistrats mitteilt, ist der Grund in der besorgnisserregenden Erkrankung des Wiener Vizebürgermeisters U. Porger zu sehen. Man hofft, daß der Ausschub nur von kurzer Dauer sein wird.

Die Reichstagsersatzwahl in Stendal-Osternburg, die dadurch nötig geworden war, daß die Wahl des konservativen Abgeordneten Hoersch für ungültig erklärt wurde, fand am Freitag statt. Es erhielten Hoersch (kons.) 11877, Wachhorst de Wente (natl.) 6965 und Beims (Soz.) 6943 Stimmen. Es findet Stichwahl zwischen Hoersch und Wachhorst de Wente statt. Am 12. Januar 1912 haben die Konservativen 10512, die Nationalliberalen 8621, die Polen 38 und unsere Genossen 7434 Stimmen aufgebracht. In der Stichwahl siegten die

Konservativen mit 13248 über 10,005 nationalliberale Stimmen. Seit 1912 haben die Konservativen 1885 Stimmen gewonnen, während die Nationalliberalen 1888 und unsere Genossen 391 Stimmen verloren; die Polen hatten keinen Kandidaten mehr aufgestellt.

Im Jahre 1912 stimmten von 100 Wählern rund 28, jetzt nur rund 27 für die Sozialdemokratie. Das Wahl- resultat ist also für uns nicht befriedigend.

Lohnerhöhung für die badischen Eisenbahnarbeiter. Der Haushaltsausschuß der zweiten Kammer nahm am Freitag einstimmig den von allen Parteien gestellten Antrag an, den Eisenbahnarbeitern eine Lohnerhöhung von 20 Pf. für den Tag zu gewähren.

Rußland

Die Matrosen in Petersburg. In Rußland fällt — nach dem dort geltenden alten Kalender — der 1. Mai auf unseren 14. Mai. Aus Anlaß der Matrosen streikten am Don- nerstag in den Fabriken, darunter in den Putzwerk- und den Schuhwerkwerken und einer Anzahl kleiner Betriebe, etwa 50,000 Arbeiter. Bei der Unterdrückung von Versuchen zu Kundgebungen wurden mehrere Arbeiter verhaftet.

Ungarn

Graf Tisza als Duellgegner. Der wegen seiner erbitterten, arbeiterfeindlichen Politik Abscheu erregende Minister- präsident Graf Tisza hat am Donnerstag in Budapest dem Abgeordneten Stefan Rakovsky infolge eines lebhaften Wort- wechfels in dem Ausschuss der Delegation eine Forderung über- bringen lassen. Die Zeugen des Grafen Tisza sind Fürst Gega Odescalchi und Graf Julius Czernovicz, während Abge- ordneter Rakovsky Prinz Ludwig Windisch-Grätz und Mark- graf Georg Pallavicini als die feindlichen benannte.

England

Kein Sturz des Ministeriums. Die Regierung ist Donnerstag nachmittag bei der Abstimmung über eine Reso- lution betreffend den Arbeitsplan des Parlaments knapp einer Niederlage entgangen. Die Resolution war rein formal und eine Abstimmung über sie wurde nicht erwartet. Die Opposition, die sehr stark an Zahl war, verlangte die Abstimmung über die Resolution, die indessen mit 255 gegen 234 Stimmen ange- nommen wurde. Die Ministerien brachen in wilde Beifalls- rufe aus, als sie sahen, daß sie gerettet waren.

Portugal

Der Kongress vertagte sich Sonnabend morgen bis zum 10. Juni und beschloß, daß die erste Legislaturperiode der Republik 1914 zu Ende gehen soll. Unter „Legislaturperiode“ versteht man bekanntlich den Zeitraum zwischen zwei Wahlen.

Marokko

Immer neue Kämpfe. Nach einer amtlichen Meldung aus Tetuan haben die Eingeborenen eine in Alcazaba stehende spanische Abteilung angegriffen und Handgranaten auf die Sol- daten geworfen, von denen acht verwundet wurden. Die Ma- rokkaner haben eines der vor den Stadttores aufgeschlagenen Lager angegriffen, wurden aber bald zurückgeworfen.

Japan

Das Programm der Regierung. Ministerpräsident Okuma hat am Donnerstag einen Ueberblick über das Pro- gramm des neuen Kabinetts veröffentlicht. Das Programm sichert eine strengere Beobachtung des konstitutionellen Prin- zips zu, die Annahme einer auswärtigen Politik, welche im fernem Osten dauernden Frieden sichern soll, und die strengste Disziplin unter den Beamten. Die Regierung erklärt, daß die Grundlage der nationalen Verteidigung auf der Einmütig- keit in den Grundsätzen des Finanzdepartements und der Militär- und Marineverwaltung beruhen werde. Das Programm verspricht ferner eine Förderung der produktiven Unternehmungen und eine Neuorganisation der Finanzen durch Einschränkung der Steuern und durch Vermeidung neuer Regierungs- anleihen.

Die Admirale Yamamoto und Saito sind ent- lassen worden und zwar auf Grund der heftigen Bestechungs- anfechtungen. Bekanntlich haben die deutschen Siemens- Schuckertwerke japanische Offiziere bestochen, um Marinelieferungen zu erhalten. Der Mikado (b. h. Kaiser von Japan) hat den beiden edlen Kompanen am Donnerstag schone, mit dem kaiserlichen Wappen geschmückte Vasen geschenkt, was dafür spricht, daß ihre Verabschiedung eine wegen ihrer Ver- antwortlichkeit bei den Marirefskandalen getroffene Disziplinar- maßregel ist, daß ihre dem Lande früher geleisteten Dienste aber trotzdem anzuerkennen seien.

Der Mikado ist also von den beiden täuschlichen Burschen noch immer entzückt.

China

Tom Pump. Wie das Reutersche Bureau erfährt, übermittelte die Regierung am Donnerstag der Fünf-Mächte- Gruppe eine Note, in der sie eine Anleihe von 7 1/2 Millionen Pfund Sterling zum Rücklauf kurzfristiger Anleihen anregt und vorschlägt, die Währungsanleihe auf ein Jahr zurück- zustellen.

Deutscher Reichstag

268. Sitzung, vom 15. Mai, vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratsitzung: v. Jagow.

Abg. Trimbom (Ztr.) stellt die kleine Anfrage, ob der Bundes- rat Anordnungen erlassen hat oder erlassen will, über die Regelung der Arbeitgeberbeiträge bei Unfallfällen nach Paragraph 517 und 518 der Reichsversicherungsordnung.

Ministerialdirektor Dr. Caspar erwidert, daß die entsprechenden Bestimmungen in den nächsten Tagen veröffentlicht werden.

Die Verlängerung des Handelsvertrages mit der Türkei und des Abkommens mit Japan über den Schutz des gewerblichen und geistigen Eigentums werden in dritter Lesung debattelos angenommen. Hierauf wird die

zweite Lesung des Etats für das Auswärtige Amt

fortgesetzt.

Abg. Bernfeld (Soz.): Wir erwarten von den Erklärungen der Regierung in diesem Hause keine große Sensationen, aber wir wollen uns auch nicht mit allgemeinen europäischen Redensarten abspesen lassen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Ueber die wichtigsten Vorgänge der auswärtigen Politik erfahren wir von der Regierung so gut wie gar nichts. Nicht einmal über die Erneuerung des Dreihundervertrages sind wir offiziell unterrichtet worden. Ueber die Vorgänge vor und während des Balkankrieges vermischen wir jede dokumentarisch belegte Berichterstattung. Ich frage den Herrn Staatssekretär, ist ihm die Einrichtung der Weißbühler bekannt und gedenkt er einmal davon Ge- brauch zu machen? (Sehr gut! b. d. Soz.)

Die Frage auf dem Balkan

nach dem zweiten Balkankriege verbürgt keineswegs den Frieden. Ueberall herrscht ein latenter Ausrottungskrieg gegen die in der Min-

Die Götter dürsten

Roman aus der französischen Revolution von Anatole France

Der Präsident fragte den Angeklagten, ob ihm die Befehle gegen die Emigranten nicht bekannt seien.

„Ich kenne sie und habe sie befolgt,“ antwortete Maubel; „ich habe Frankreich mit vorschriftsmäßigen Pässen verlassen.“

Ueber die Gründe seiner Reise nach England und seiner Heimkehr nach Frankreich gab er befriedigende Auskunft. Sein Gesicht war sympathisch; er hatte eine stolze, freimütige Miene, die allgemein gefiel. Die Frauen auf den Tribünen blickten ihn wohlwollend an. Nach Behauptung der Anklage hatte er sich in Spanien zu einer Zeit aufgehalten, wo dieses Land sich schon im Kriege mit Frankreich befand. Er versicherte, damals nicht über Bayonne hinausgekommen zu sein. Nur ein Punkt blieb dunkel. Von seinen Papieren, die er in den Kamin geworfen hatte, als man ihn verhaftete, waren nur noch ein paar Seiten übrig, auf denen spanische Worte und der Name „Mives“ zu lesen war.

Ueber diesen Punkt verweigerte Jacques Maubel jeden Aufschluß. Da, auf die Vorhaltung des Präsidenten, daß es im eigenen Vorteil des Angeklagten läge, Aufklärung zu geben, erwiderte er, man solle nicht immer seinem Vorteil nachgehen.

Gamelin wollte den Angeklagten nur eines Verbrechens überführen. Dreimal drang er in den Präsidenten, Maubel zu befragen, ob er sich über die Reise äußern könnte, deren ge- wöhnliche Blätter er sorgfältig in seiner Brieftasche aufhob.

Maubel antwortete, er hielt sich nicht für verpflichtet, auf eine Frage zu antworten, die die Justiz nicht interessierte, da man ja das Billeit, das in dieser Blume versteckt war, nicht gefunden hätte.

Die Geschworenen zogen sich ins Beratungszimmer zu- rück. Sie waren günstig gestimmt gegen diesen jungen Mann, dessen im Grunde unaufgeklärter Fall vor allem Liebesgeheim- nisse zu bergen schien. Diesmal hätten selbst die Guten und Gemüthslosen ihn gern freigesprochen. Einer von ihnen, der junge Barquis, der sich der Resolution angeschlossen hatte, fragte:

„Wirst du ihm seine Geburt vor? Auch ich hätte das Anglied, als Antwort auf die Welt zu kommen.“

„Jawohl,“ entgegnete Gamelin, „aber du bist aus diesem Stand ausgestiegen, und er ist darin geblieben.“

„Und er wehrt sich gegen diesen Verführer, diesen Sünd- ling von Pitt, diesen Komplizen Coburgs, der über Meer und Gebirge gezogen war, um der Freiheit Feinde zu machen; er

verlangte so glühend die Verurteilung des Verräters, daß er den steten Argwohn und die alte Strenge seiner Kollegen wahrte.“

Einer von ihnen sagte zynisch: „Es gibt Dienste, die man sich unter Kollegen nicht ab- schlagen darf.“

Er wurde mit einer Stimme Mehrheit zum Tode ver- urteilt.

Der Verurteilte nahm diesen Spruch mit lächelnder Ge- fäßtheit entgegen. Seine Blicke, die ruhig durch den Saal schweiften, drückten, als sie auf Gamelin fielen, unsägliche Ver- achtung aus.

Der Spruch fand keinerlei Beifall. Jacques Maubel ward ins Gefängnis zurückgeführt und schrieb vor der Hinrichtung, die noch am selben Abend bei Fackelschein stattfinden sollte, einen Brief:

„Liebe Schwester!
Das Tribunal schickt mich aufs Schafott; es ist die ein- zige Freude seit dem Tode meiner angebeteten Nienes. Sie haben mir das einzige genommen, was mir von ihr geblieben ist, eine Granatblüte, die sie, warum, weiß ich nicht, als Nelke bezeichneten.“

Ich liebe die Kunst. In Paris sammelte ich in den glücklichsten Zeiten Gemälde und Kupferstiche, die sich jetzt in Sicherheit befinden und die man dir sobald wie möglich her- ausgeben wird. Ich bitte dich, liebe Schwester, sie als An- denken an mich zu bewahren.“

Er schnitt sich eine Haarlocke ab, legte sie in den Brief, faltete ihn zusammen und schrieb die Adresse:

„An die Bürgerin Clemence Dezeimeris, geb. Maubel in La Néole.“

Alles, was er an Geld besaß, gab er dem Gefängnis- wärter und bat ihn, diesen Brief zu besorgen. Dann bestellte er sich eine Flasche Wein und leerte sie schluckweise in Erwar- tung des Henkertarrens . . .

Nach dem Abendbrot eilte Gamelin in den „Amar als Maler“ und trat in das weiße Zimmer, in dem Clodie ihn all- mählich empfing.

„Du bist gerächt,“ sagte er. Jacques Maubel ist nicht mehr. Der Karren, auf dem er zum Schafott gebracht wurde, fuhr bei Fackelschein an deinem Fenster vorbei.“

Sie begriff!

„Gelder! Du hast ihn gemordet; und er war nicht mein Schwester. Ich kannte ihn garnicht . . . hab' ihn nie gesehen . . . Wie war er? Jung, liebenswert . . . unschuldig. Und du hast ihn gemordet, Gelder! Gelder!“

Sie sank ohnmächtig dahin. Doch in dem Schatten ihrer Umarmung fühlte sie ihren Busen von Abscheu und Molluskt schwellen. Sie kam halb zu sich; das Weiße ihrer Augäpfel trat unter ihren schweren Lidern hervor; ihre Brust hob sich und ihre tastenden Hände suchten ihren Geliebten. Sie presste ihn in ihre Arme, als wollte sie ihn erdrücken, kratzte ihre Nägel in sein Fleisch und gab ihm mit ihren zuckenden Lippen den krummsten, längsten, schmerzlichsten und süßesten Kuß.

Sie liebte ihn mit allen Sinnen, und je furchtbarer, je grausamer, je scheußlicher er ihr erschien, je mehr sie ihn mit dem Blut seiner Opfer bedeckt sah, um so mehr hungerte und dürstete sie nach ihm.

Siebzehntes Kapitel.

Am 24. Frimaire um zehn Uhr morgens, bei klarem, rosigem Sonnenschein, der das Eis der Nacht auftaute, begaben sich die Bürger Guénot und Desourmel, Kommissare vom all- gemeinen Sicherheitsausschuß, in die Barnabitenkirche und ließen sich zum Ueberwachungsausschuß des Bezirks führen, der im früheren Kapitelsaal seinen Sitz hatte. Sie trafen den Bür- ger Beauvisage, der gerade Holzschichte in den Kamin warf, wurden ihm aber infolge seiner kleinen verkrüppelten Gestalt nicht gleich gewahrt.

Mit der brüchigen Stimme aller Budlichen lud der Bürger Beauvisage die Kommissare ein, Platz zu nehmen, und stellte sich ihnen ganz zur Verfügung.

Guénot fragte ihn, ob ihm ein früherer Des Mettes be- kannt sei, der in der Nähe des Pont-Neuf wohnte. „Es ist,“ wie er hinzusetzte, „einer, den ich verhaften soll.“

Damit entfaltete er den Befehl des allgemeinen Sicher- heitsausschusses.

Beauvisage überlegte eine Weile, dann erwiderte er, daß ihm ein Individuum Des Mettes nicht bekannt sei, und daß der Verdächtige dieses Namens nicht im Bezirk wohnen könnte. Auch einige Teile der Bezirke „Museum“, „Einheit“, „Marat und Marceille“ lagen ja in der Nähe des Pont-Neuf; und wenn er doch im Bezirk wohnen sollte, dann jedenfalls unter anderem Namen, als dem im Verhaftsbefehl genannten. Nichts- destoweniger sollte er bald ermittelt werden.

„Berühen wir keine Zeit,“ sagte Guénot. „Er fiel un- serer Wachsamkeit auf durch einen Brief einer seiner Mitschul- digen, der aufgefangen und dem Ausschuss vor vierzehn Tagen übergeben wurde. Erst gestern Abend hat der Bürger Lacroix Kenntnis davon genommen. Wir sind überausen; die An- zeigen treffen von allen Seiten in solcher Fülle ein, daß man nicht mehr weiß, auf was man hören soll.“

(Fortsetzung folgt.)

Aus Westpreußen Elbing-Marienburg

Was ist der Lohn?

Ein amerikanisches Arbeiterblatt erläutert den Begriff Lohn durch folgende Geschichte: Ein Mann verirrte sich mit seinem Hunde in einer wüsten Gegend. Bald waren sie ohne jede Nahrung. Der Hund war für den Mann ein gutes und nützliches Tier, das ihm schon große Vorteile gebracht hatte. Und jetzt in der Wildnis war es ihm ein Schutz vor Gefahren. Aus allen diesen Gründen konnte sich der Mann nicht entschließen, den Hund zu töten, um sich von seinem Fleische zu ernähren. Endlich aber, als der Hunger immer stärker wurde, entschloß er sich, dem Hunde den Schwanz abzuhacken. Das Fleisch des Schwanzes rettete dem Manne das Leben. Die Knochen aber von dem Schwanz gab er dem Hunde, der dadurch ebenfalls vor dem Hungertode gerettet wurde.

Diese Knochen sind dem zu vergleichen, was der Unternehmer in der kapitalistischen Gesellschaft dem Arbeiter an Lohn gibt. Der Unternehmer würde verhungern ohne die Arbeit des Arbeiters. Der Arbeiter ist an den Unternehmer gefesselt, weil dieser im Besitze der Produktionsmittel ist. Er muß dem Kapitalisten also seine Arbeit lassen. Der frisst davon das Fett und das Fleisch, wirft die abgenagten Knochen dem Arbeiter hin und nennt das den Lohn.

Die Patrioten raufen sich. In den Elbinger Neuesten lesen wir:

Die Mitbestimmungen im Artillerieverein

Mit den bedauerlichen unsern Lesern bekannten Vorgängen im Artillerieverein, die bekanntlich zur Folge hatten, daß die Vorstandsmitglieder ihre Ämter niederlegten, besaßte man sich gestern abend in einer vom Vorstand des Kreisriegerverbandes einberufenen Sitzung des Artillerievereins, die unter Leitung des Kreisriegerverbandvorsitzenden, Herrn Hauptmann Uffen-Drewshof, stattfand. In der letzten Sitzung hatten sich mehrere Versammlungsteilnehmer in der Hitze des Gefechts zu beleidigenden Ausrufen gegen Vorstandsmitglieder hinreihen lassen. Gestern beschloß nun die Versammlung nach eingehender Besprechung der Sachlage die Einsetzung einer sechsgliedrigen Kommission, die im Namen des Vereins bei den Vorstandsmitgliedern die gegen diese in der letzten Sitzung gefallenen Beleidigungen mit Bedauern zurücknehmen soll. In nächster Zeit soll dann eine neue Versammlung stattfinden, in der ein neuer Vorstand event. mit Mitgliedern des alten Vorstandes gewählt werden soll. So ist zu hoffen, daß die bedauerlichen Mißstimmigkeiten im Artillerieverein baldigt beigelegt werden und das schöne Fest der Fahnenweihe ohne Trübung begangen werden kann.

Gott, wie entsetzlich! Was auch alles passiert. Selbst unter den patentierten Stützen des Staates gedeiht der Teufelsame der Unzufriedenheit.

Danzig-Land

Wahlkreis-Konferenz für Danzig-Land

Abgehalten am 17. Mai im Café Bürgergarten in Schöbitz. Auf der Konferenz waren sechs Ortsvereine durch zwölf Delegierte repräsentiert. Der Wahlkreisvorstand war durch fünf Genossen vertreten. Außerdem waren die Parteisekretäre Gehl und Leu, die Genossen F o o l e n und S c h r ö b e r, sowie zwei Gemeindevertreter anwesend, so daß die Konferenz insgesamt 23 Teilnehmer zählte. Die Tagesordnung erwies sich als recht umfangreich. Nicht weniger als vier Referate mußten entgegengenommen werden:

- 1. Geschäfts- und Kassenbericht, Referent Leu.
2. Bericht über die Gemeindevahlen, Referent Brill.
3. Stellungnahme zum Provinzialparteitag, Referent C o r n e l s e n.
4. Stellung zum deutschen Parteitag, Referent Gehl.

Außerdem waren noch Wahlen vorzunehmen und dazu über mehrere Anträge zu entscheiden. Die der Konferenz schriftlich vorliegende Abrechnung ergab, daß die Einnahme im Berichtsjahre 1913 3355,97 Mark betragen hat. Die Ausgabe ist nur um 25 Pfennige geringer. In zwölf Dörfern bestehen Ortsgruppen, die 658 Mitglieder umfassen. Am 1. April 1913 waren 544 Mitglieder vorhanden. Die Zahl der Gemeindevertreter ist gesunken. Daran ist aber nicht ein Rückgang der Bewegung, sondern die Eingemeindung verschiedener Orte nach Danzig schuld. Stattgefunden haben 91 Mitgliederversammlungen und 42 öffentliche Versammlungen, denen sich noch mehrere andere Veranstaltungen beigefügt. Die Vermaltungsarbeiten wurden in 53 Sitzungen erledigt. Diese wenigen Angaben, die wir den Ausführungen des Genossen Leu über den ersten Gegenstand der Tagesordnung entnehmen, zeigen, wie rege die Tätigkeit der Organisation ist. Aber auch die Gegner sind nicht müßig. Der „Reichsverband“ scheint sich in der letzten Zeit besonders auf den Kreis geworfen zu haben. Seine Bäume werden ja nicht in den Himmel wachsen, aber die Vorsicht gebietet, auch diesen Buhlereien Aufmerksamkeit zu schenken.

Die Diskussion über den Geschäftsbericht war lebhaft und interessant. Verschiedene beachtenswerte Anregungen wurden gemacht, um die Organisationsarbeit intensiver zu gestalten. Der vertrauliche Charakter dieser Verhandlungen läßt jedoch eine Wiedergabe in der Zeitung nicht ratsam erscheinen.

Am Anschluß an den Geschäftsbericht wurde über folgende Anträge abgestimmt:

Die Wahlkreis-Konferenz beschließt, die Prozente der Beitragsstaffelierung von 5 Prozent auf 7 Prozent zu erhöhen. Wahlkreisvorstand.

Der Wahlkreisvorstand ist berechtigt, außer der Wahlkreis-Konferenz die Leiter der einzelnen Ortsvereine nach Bedarf zu einer Sitzung zu berufen. G. Leu.

Die Wahlkreis-Konferenz verpflichtet die Genossen des Landkreises, die der Partei noch fernstehenden Handwerker und Hilfsarbeiter, nachdem sie gewerkschaftlich organisiert sind, zum Anschluß an die politische Organisation zu bewegen. Die Landarbeiter sind in der Hauptsache auf den Landarbeiterverband aufmerksam zu machen und in diesem zu organisieren, damit die elenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch gewerkschaftliche Selbsthilfe verbessert werden. G. Leu.

Sämtliche Anträge wurden angenommen. Eine lebhafte Debatte entspann sich über einen Antrag des Genossen W i t t s c h e in dem der Ortsverein Lehtauwerweide eine höhere Entschädigung als 50 Pfennige für die auswärts wohnenden Mitglieder forderte. Die an den regelmäßigen Vertrauensmännerversammlungen in Danzig teilnehmenden. Beschlossen wurde, daß und die, die jenseits der Weichsel zu Hause sind, 2 Mark und das Fahrgehalt erhalten. Dann wandte sich die Konferenz dem Kapitel der G e m e i n d e w a h l e n zu. Ausgehend von der Entziehung der Dhræer Arbeiterschaft in der Frage der Gemeindevverwaltung, zeigte Genosse Brill, wie wenig das von den Bürgerlichen stets im Munde geführte Schlagwort vom „Allgemeinwohl“ zu bedeuten hat. Alle die Herren, die so schön zu reden wissen, treiben in Wirklichkeit Interessenpolitik. Sie können das um so leichter, weil Dreiklassenwahlrecht und Hausbesitzerprivileg der Arbeiterschaft den Kampf um die Mandate außerordentlich erschweren. Die Sitzungen der Gemeindevertretungen sind wohl öffentlich. In den meisten Fällen aber bleiben die Gemeindevorteiler hübsch unter sich, da die Gemeindevähler fast nie Gelegenheit haben, den Sitzungen beizuwohnen. Weil also das Moment der öffentlichen Kritik ausgeschaltet ist, können alle arbeitserfeindlichen Tendenzen ungehindert wirken. Notwendig ist es, daß unsere Genossen mehr als bisher den Gemeindevahlen ihre Aufmerksamkeit schenken und dafür sorgen, daß der Einfluß der Arbeiter in den Gemeindevertretungen gesteigert würde. Zur Gemeindevahl lagen folgende zwei Anträge vor:

Die am 17. Mai 1914 tagende Wahlkreis-Konferenz für den Wahlkreis Danzig-Land erkennt die Notwendigkeit einer allgemeinen Beteiligung der Genossen an die Gemeindevahlen an. Sie beauftragt den Wahlkreisvorstand, darüber zu machen, daß alljährlich rechtzeitig die nötigen vorbereitenden Schritte unternommen werden.

Die Deckung der Wahlkosten soll durch die Herausgabe von Sammelheften geschehen. Die örtlichen Vorstände sind verpflichtet, den Verhältnissen ihrer Gemeinde ständige Aufmerksamkeit zu schenken und darüber dem Wahlkreisvorstand zu berichten. V. Brill.

In Anbetracht der Rechtslosigkeit der Dhræer Arbeiter durch den Mandatsraub an den beiden gewählten Vertretern Drischoid und Brill durch die bürgerliche Mehrheit die die elementarsten Grundsätze der Gerechtigkeit strupellos mißachtete, erwartet die Wahlkreis-Konferenz von den Genossen Dhræ, daß sie den Kampf mit aller Entschiedenheit weiter führen.

Die Genossen des Kreises werden aufgefordert, dieses heldenmütige Ringen durch die Bildung eines Kampffonds mit allen Kräften zu unterstützen.

Beide Willenserklärungen fanden einstimmige Annahme. Aus der Mitte der Konferenz lief folgender Antrag ein:

„Die bürgerlichen Mandatsinhaber der Sitze von Drischoid und Brill sind aufzufordern, ihre Mandate niederzulegen.“

Für diesen Antrag erklärte sich die Konferenz ebenfalls einstimmig. Nun trat eine halbstündige Mittagspause ein. Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen stellte Genosse Brill zunächst die Präsenzliste fest. Dann erörterte Genosse C o r n e l s e n die Aufgaben des diesjährigen Provinzialparteitages. Dem Wahlkreise stehen nach dem Organisationsstatut fünf Delegierte zu. Gewählt wurden die Genossen Bernhard S c h m o d e, Fritz C o r n e l s e n, Robert W i t t s c h e und Otto L i n g m a n n und die Genossin L a g o d n i, als Ersatzmann der Genosse P a r s c h a u e r. Die Konferenz beschloß, sich an dem deutschen Parteitag zu beteiligen, der in diesem Jahre in Würzburg stattfindet. Einstimmig wählte sie den Genossen G e h l als Delegierten. Dhræ bleibt wie bisher Wirtort des Wahlkreises. Doch wird der Wahlkreisvorstand um ein Mitglied verstärkt. Als Mitglieder des Wahlkreisvorstandes werden die Genossen Brill, Drischoid, Leu, Lagodnie, Cornelsen, Schmode und die Genossin L a g o d n i e gewählt, als Referenten die Genossen W i l k e n s, B r ä t und W a n n h o f f. Nach einer kurzen Aussprache über die Wanderbibliothek fand die Konferenz nach sechsstündiger Dauer um 4 1/2 Uhr ihr Ende. Eine Sammlung für den Gemeindevahlfonds hatte das Ergebnis, daß die Teilnehmer der Konferenz 30,50 Mark als Grundstock zeichneten.

Der Bezirk Dhræ des sozialdemokratischen Vereins Danzig-Land beschäftigte sich in seiner letzten Mitgliederversammlung mit den innern Verhältnissen des Wahlkreises. Genosse Brill machte auf die stille unablässige Arbeit unserer Gegner aufmerksam. Der Reichsverband gründet in allen größeren Gemeinden Ortsgruppen. Wir wollen den Herrschaften nicht zu viel Ehre antun, aber man soll die Gefahr nicht unterschätzen. Auch der neueste Akt des Gemeindevorsteheres sind, in dem unsern Genossen die Ungültigkeit ihrer Wahl mitgeteilt wurde, fand entsprechende Würdigung. Aus dem Kampf der Dhræer Machthaber gegen die Arbeiter konnte Genosse Brill interessante Einzelheiten berichten. Die Furcht und der Schrecken über den Ausfall der letzten Gemeindevahl scheinen noch immer größer zu werden. Um den Sieg der Arbeiterschaft voll auszunutzen ist Dhræ in 19 Agitationsbezirke eingeteilt, um alle Arbeiterwähler der Sozialdemokratie auch als feste Mitglieder zuzuführen. Arbeitskräfte stellten sich zahlreich zur Verfügung.

Die Versammlung war gut besucht und zeigte, daß die Arbeiterschaft gemüht ist, ihre eroberten Rechte auch mit Nachdruck zu verteidigen.

Konig-Luchel Im tiefsten Sumpf.

In mehreren Artikeln versuchten wir unseren Lesern den Sumpf näher zu schildern, aus dem die trüben Quellen des Schmutzkonzurrenz, der Lohnbrüdererei und des Streikbruchs entspringen. War schon in der Provinzialhauptstadt und den größeren Städten der Provinz manches faul und steigerte sich diese Fäulnis in den Kleinstädten, die wir dann betrachteten, in erschreckendem Maße, so war damit noch nicht die größte Tiefe erreicht. Es gibt in unserer Provinz Gegenden, wo der Sumpf der Verhüllungszielterei noch tiefer ist, als in Marienburg, in Stuhm oder Marienwerder. Im Kreise Luchel und Strasburg kamen 1913 auf 403 Gefellen 427 Lehrlinge. Und noch schlimmer sieht es im Kreise Luchel aus: 177 Gefellen standen dort 269 Lehrlingen gegenüber. Im einzelnen existiert folgendes Verhältnis:

Table with 5 columns: Group, Trade, Shops, Apprentices, Masters. Groups include Baugewerbe, Wagenbau, Bekleidungs-, Möbelf-, Metall-, and various other trades.

Noch anschaulicher als durch die Zahlen der Handwerkskammer kann der Todesstampf des Handwerks nicht geschildert werden. Wenn in einem Gebiet, das von der Industrie so wenig berührt wird, wie der Kreis Luchel in 305 Betrieben nur 177 Gefellen und dagegen 269 Lehrlinge beschäftigt werden, so liegt das Handwerk wirklich in den letzten Zügen. Da hilft keine Doktorei.

Deutscher Reichstag

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

Es folgt der

Etat des Reichskanzlers.

Abg. Scheidemann (Soz.): Ich bedaure, daß der Etat des Reichskanzlers in seiner Abwesenheit und zu so vorgeschrittener Jahreszeit verabschiedet wird. Das ganze Haus teilt wohl den lebhaften Wunsch, ihn rechtzeitig zum 1. April fertigzustellen. Das wird aber auch in Zukunft nicht möglich sein, wenn nicht die Regierung den Reichstag viel früher einberuft, ihm den Etat so früh wie möglich unterbreitet und auch die anderen Gesetzesvorlagen so zeitig einbringt, daß sie zum Teil noch vorher erledigt werden können. Anders ist die wachsende Arbeitslast des Reichstages nicht zu bewältigen. Jetzt wird er durch die Masse der Gesetzesentwürfe geradezu abstruiert. Wir waren und sind gern bereit, wenigstens die dringlichsten Entwürfe zu erledigen. Wenn die Regierung durch den Schluß der Session alle Vorarbeiten brüst beiseite schiebt, muß sie die Verantwortung dafür tragen,

wir aber müssen gegen diese geringe Einschätzung unserer Arbeit Verwahrung einlegen.

(Sehr wahr! s. d. Soz.) Ein günstigeres Resultat der Beratungen über den Etat hätten wir für uns freilich auch dann nicht erwarten dürfen, wenn wir in den Dezembertagen nach den Reben der Abgeordneten Fehrenbach und Calter den Reichskanzler verabschiedet hätten. Auch dann hätte man ihm keinen Pfennig vom Gehalt abgezogen. (Heiterkeit.) Wenn es in Deutschland üblich wäre, dem Kanzler in dieser Weise eine Pension auszustellen, würde man ihm heute wahrscheinlich eine kleine Zulage gewähren. (Erneute Heiterkeit.) Der Reichskanzler ist sich bei der Abwicklung der Zobernaffäre wenigstens konsequent geblieben. Der Führer einer großen Partei dieses Hauses indessen, Abg. Bassermann, hat ihm wenige Wochen nach dem Mißtrauensvotum das glänzendste Zeugnis ausgestellt, und ihm nachgefragt, er mache nationalliberale Politik. Endlich haben wir also einmal einen Reichstanzler, der nationalliberale Politik macht, und ausgerechnet diesem einzigen Kanzler stellen die Nationalliberalen ein Mißtrauensvotum aus. (Echallende Heiterkeit.) Die Erledigung der Zobernangelegenheit hat vollkommen die Würde jener Kreise erfüllt, die nach einem starken Mann gerufen haben. Das Lager starker Männer in der heutigen Bureaucratie ist wohl nicht eben mehr groß. (Heiterkeit.) Wenn wir aber stark nach dem jetzigen Sprachgebrauch mit konservativer oder ultrakonservativer gleich sehen, hat Preußen seinen stärksten Mann nach Elsaß-Lothringen geschickt. Den Elsaß-Lothringern kam er jedenfalls so unerwünscht wie möglich. Ihnen hat man durch diesen Statthalter gezeigt, wie weit sie noch von einer wirklichen Selbstverwaltung entfernt sind. Noch schlimmer wäre es, wenn die Besatztruppe, man habe Dankwäg nach Elsaß-Lothringen geschickt, um ihn in Berlin loszuwerden, weil er ein allzu eifriger Parteigänger der äußersten Rechten gewesen sei. Ein Reaktionsär, den nicht einmal Preußen aushält, ist in Elsaß-

Vorfüringen gewiß unmöglich. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die liberale
Dreie, die alles raufrot steht, hat Dölling's Anwesenheit ge-
stört. Er möchte eine wunderbare Anpassungsleistung haben, wenn
er sich als begeisterte Lobredner des preussischen Dreifaltigkeitstags
als auch der reichsständigen Verfassung entwickeln könnte,
die auf dem allgemeinen gleichen Wahlrecht beruht. Wir haben ja
verfassungsmäßig die Verfassung des Reiches, das sie sich
Dölling nicht anpassen wird. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Wichtig mit dem neuen Staatshalter sind uns die neuen
Bestimmungen über den Waffengebrauch des Militärs
präsentiert worden. Für den preussischen Wehrbereich werden
die Vorschriften darüber, wann das Militär ohne Aufforderung der
Hochkommandos einrücken darf, wohl niemals praktisch werden, denn die
preussischen Behörden werden nicht danach ärgern, nach Militär zu
fahren. Auch in Ostpreußen dürfte eine Wiederholung von
Jauern unmöglich sein, nicht wegen der neuen Vorschriften, sondern
weil durch den Regierungsmangel die vollkommene Solidarität zwi-
schen dem Preuentum in Ost und dem Preuentum in West
hergestellt worden ist. (Sehr wahr! b. d. Soz.)
Nebenbei kann die neue Verordnung ja in
jedem Augenblick geändert werden, da sie nur eine zeitliche Anord-
nung des herrschenden Militärabsolutismus ist. (Sehr wahr! b. d.
Soz.)
Doch diese grundlegende Frage des Verfassungsrechts ohne
Mitwirkung des Reichstages geregelt worden ist, der die Mittel für den
ungeheuren Apparat besitzt, den man unter Umständen gegen das
eigene Volk gebrauchen will, werden sie vor ihren Wählern niemals
verantworten können. Die neuen Vorschriften brauchen freilich nicht
geändert zu werden, da sie über die Verhältnisse und das Verhalten
alles enthalten, was der Militarismus wünschen kann. Ein
künftiger Reiter würde genau so freigesprochen werden wie der alte
Reiter von Jauern. Genau wie der Venianer v. Gortz freige-
sprochen ist, für den die alten Vorschriften gar nicht mehr in Betracht
kommen, denn wichtiger als die Bestimmungen, die man schwarz auf
Weiß liest, sind die realen Machtverhältnisse. (Sehr wahr! b. d. Soz.)
Wo so mit den Gesetzen ungelungen wird wie in Deutschland, kann
die Militär der Gewaltthäter keine Schranke bilden. (Sehr wahr!
b. d. Soz.) Der Reichskanzler hat allerdings hervorgehoben, daß die
Verordnung ein Aufgebot des Militärs am westlichen Ende. Das
glauben wir ihm gern, denn die Söhne des Volkes werden sich ge-
wöhnlich nicht drängen, auf ihre Volksgenossen zu schießen. Auch
eine noch so starke Waffe kann stumpf werden, wenn sie gemein-
schaftlich wird. Wir sind mit dem Reichskanzler in dem Wunsch einig,
daß die Probe auf das Exempel nicht gemacht wird. (Sehr wahr!
b. d. Soz.) Aber dazu gehört gutes Willen auf beiden Seiten, nicht nur
zu Volk, das so gebildet ist wie das deutsche, sondern auch eine
Regierung, die die Gesetze achtet. Hier aber müssen wir die Be-
schränkungen, daß sie zu ungunsten des arbeitenden Volkes gegen
die Besetze verfahren. (Glocke des Präsidenten. — Der Redner sieht
sich überfallen um.)

Präsident Dr. Kämpf: Ich bitte derartige unzulässige Aus-
drücke in Zukunft zu unterlassen.

Abg. Scheidemann (Soz.): Na, so geht es ja noch. (Heiterkeit.)

Präsident Dr. Kämpf: Darin liegt eine Kritik meiner Be-
schäftsordnung. Jetzt rufe ich Sie zur Ordnung.

Abg. Scheidemann (fortfahrend): Aber dann nehmen Sie es
mir nicht übel: da scheint man sich doch wirklich nach der Zeit zurück-
zuwenden wie Orax Bolkstein auf dem Präsidentenstuhl gezeihen
haben. (Lebhafte Zustimmung b. d. Soz., Heiterkeit und Zustimmung
im Zentrum. Präsident Kämpf verweist sich jede Kritik.) Ich
darf wohl einen persönlichen Wunsch aussprechen. (Sehr wahr! b. d.
Soz.) Redner bespricht die Handhabung des Reichsvereinsgesetzes.
Er schildert die willkürlichen Verbote von Jugendversammlungen in
Niedernberg, in Düsseldorf und in Solingen, schildert den Sturm auf
das Königsberger Jugendheim und kritisiert das Urteil des Solinger
Landgerichts, in dem es heißt, alle Veranstaltungen der Arbeiter-
jugend, gleichviel ob Versammlungen, Ausflüge oder Spiele, seien
politisch. Durch solche Polizeiparoxysmen und solche Urteile werden klare
Bestimmungen des Gesetzes mit Füßen getreten. (Lebhafte Zu-
stimmung b. d. Soz.) Ebenso steht es mit der Polizeierklärung der
Gewerkschaften. Den Reichsverband und die gelben Gewerkschaften,
die zwecks Bekämpfung der Sozialdemokratie ausgehalten werden,
erklärt man für unpolitisch. Wenn aber die freien Gewerkschaften
sich wehren, macht ihnen die Polizei fortwährend Scherereien und
Schwierigkeiten. Die gelben Gewerkschaften erhalten vom Verband
öffentlich-rechtlicher Lebensversicherungsanstalten jährlich 15 000 Mark.
Geld der Versicherer werden für politische Zwecke hergegeben, aber
der Geh. Rat Kapp, der das tut, hat die Volksfürsorge verdächtigt,
daß sie ihre Gelder politischen Zwecken zuführen wolle, und als die
„Volksfürsorge“ ihn verklagt hat, hat der preussische Landwirtschafts-
minister keine schützende Hand über ihn gehalten und seine privaten
Verbindungen für Amtshandlungen und Akte der Staatshoheit er-
klärt. (Süßmilch'sches Hört, hört! b. d. Soz.) Der Redner verliest
umfangreiche Ausszüge aus einem Dreifachesel zwischen dem
und dem Reichskanzler.

aus dem hervorgeht, daß die Gegenparteien gegen die „Volksfür-
sorge“ von der Regierung selbst ins Leben gerufen sind. In diesem
Dreifachesel wird die „Volksfürsorge“ förmlich als sozialdemokratisches
Versicherungsunternehmen bezeichnet, was der Redner als eine grobe
Unwahrheit und Ungerechtheit der Regierung zurückweist. Der Red-
ner erinnert weiter an das Verbot des Streikpostens Lebens auf dem
Umwege über die Straßenpolizei, an die Entziehung der Kranken-
kassenangehörigen, an die Ausweisung des Genossen Stauning und
der Genossin Balabanoff, an die Kronprinzenbelästigungsgeschichte und
an den Prozeß gegen die Genossin Luxemburg. Solche Zustände
müssen einen gesunden Haß bei uns auslösen. Die Liberalen freilich
sind jetzt sehr verächtlich gestimmt und erhoffen eine Wahlreform
von dem neuen Minister von Dölling. Ein Wechsel in der Regie-
rungstafel kann vielleicht unsere Taktik beeinflussen, nicht unsere
Gegensätze. Für uns gilt das Wort: kein Partieren, sondern Kampf.
Wir setzen unsere Hoffnungen nicht auf Minister. Die jüngsten
Wahlen haben ja gezeigt, daß alle Hoffnungen auf Stillstand der
Sozialdemokratie vergeblich sind, daß politische Veränderungen nur
den Verfolgten nützen. (Lebhafte Zustimmung b. d. Soz.) Der
Kampf ist unser Element, es lebe der Kampf, er ist heilsam, nützlich
und notwendig, es lebe der Kampf zwischen uns und Ihnen, es lebe
der Kampf zwischen dem Sozialismus und dem Kapitalismus! Wir
wissen, daß er nur kein Ende haben kann im Siege des Sozialismus.
(Süßmilch'scher anhaltender Beifall b. d. Soz., Rufe rechts: Vive la
France! Erneuter kühner Beifall b. d. Soz.)

Abg. Dr. Spahn (Zit.): Die Anwendung des Paragraphen 3
des Vereinsgesetzes unterliegt der Entscheidung der Gerichte. Wir
waren gegen die gewählte Fassung, wenn nicht weitere Sicherheit für
die Anwendung auf politische Vereine gegeben würde. Das Streik-
postensgesetz ist notwendig im Interesse der Koalitionen, die Polizei
gut lediglich für die Sicherheit des Verkehrs auf der Straße zu sorgen.
Sollte wirklich eine Verfügung des preussischen Ministers des Innern
gegen das Streikpostensgesetz ergangen sein, so würde ich das für
unzulässig und ungerechtfertigt halten. Das Zentrum ist immer für die
Sicherheit und den weiteren Ausbau des Koalitionsrechtes ein-
getreten. Wir begrüßen es auch, daß der Gedanke der Lärmsperre
auch im Reichstag Boden findet. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum.)

Abg. Schäfer-Wagdeburg (natl.): Gegen den kaiserlichen An-
trag auf Verbot des Streikpostensgesetzes haben wir gestimmt, nicht
etwas, weil wir nicht anerkennen, daß Mißstände sich ergeben haben,
aber wir wollen diese Mißstände auf dem Boden des gemeinen Rechtes
bekämpfen.

Zu der unparteiischen Sorgfalt der Gerichte
zu sprechen, ist gar kein Anlaß. (Rufen b. d. Soz.) Der Redner
begründet dann eine Resolution auf Sicherung des Wahlgheimnisses.
Diese Resolution soll sich nicht auf den Wahllokal, sondern auf die
spätere Zeit beziehen, die Behörden sollen kein Recht haben, nachzu-
suchen, in welchem Gemächte hat

Staatssekretär Dr. Debus: Die von dem Reichstag des Reichs
verabschiedet werden kann, wird geprüft werden. Der Abg.
Scheidemann möchte in einer Reihe von Einzelheiten lokalen Polizei-
behörden Vorwürfe, das Versammlungsgesetz verletzt zu haben. Viele
Beschwerden gehören zu den einzelstaatlichen Parlamenten. Der Reichs-
kanzler kann nur eingreifen, wenn die Zentralbehörden der Einzel-
staaten sich bei der Ausübung in grundsätzlichen Widerspruch mit der
Ausfassung des Reichskanzlers setzen. Das ist bisher in keinem ein-
zelnen Falle geschehen. Dagegen einer allgemeinen Unterstellung der
Gewerkschaften unter die politischen Vereine sind keine allgemeine An-

weisungen ergangen, auch nicht vom preussischen Minister des Innern.
Die vorgetragene Bitte sind Einzelfälle. Ein Widerspruch zwischen
dem Reichstag und der früheren Erklärung des Reichs-
kanzlers, ein grundsätzlicher Widerspruch besteht nicht. (Zuruf b. d.
Soz.: Raus!) Wenn die Gewerkschaften sich vom wirtschaftlichen auf
das politische Gebiet begeben, so sind sie selbst schuld. Die aus
meiner Druckerlei entworfene Korrespondenz hätte Herr Scheidemann
nicht verlesen brauchen, ich hätte gern härtere Auskünfte gegeben,
wenn ich darum gebeten wäre. (Zuruf b. d. Soz.) Gerade bei dieser
Sache ist mein Gewissen ganz rein. Gerade weil Sie Ihre wirt-
schaftlichen Unternehmungen von Ihren Parteizwecken nicht frei-
halten können, mußte die Befragung entstehen, daß das auch hier ge-
schehen würde und deshalb mußte untersucht werden, ob
dieses an sich, wie ich anerkenne, nützliche und wohlthätige Unternehmen
der „Volksfürsorge“

nicht seinen Wert dadurch verlieren würde, daß es in den Dienst der
sozialdemokratischen Partei gestellt wurde. (Sehr wahr! rechts.) Des-
halb wurde erwogen, ob eine gesetzliche Hundstunde bestehe, es zu ver-
boten. (Hört! hört! b. d. Soz.) Ich persönlich habe entschieden, daß
das nicht der Fall ist, und daß es unpolitisch und ungerichtet wäre, das
Recht zu brechen und die Bildung der Gesellschaft zu verhindern. Aber
bringend nicht weniger: Ist es, daß alsbald ein Unternehmen von
diesem Tenor auf lokalem Boden entsteht. (Rufen und Unruhe
b. d. Soz.) Deshalb hat Herr Geh. Rat Bruner in meinem Auftrag
die privaten Gesellschaften zum Zusammenschluß veranlaßt, und des-
halb habe ich mich um das Zustandekommen der Volksversicherung
bemüht. Ich habe also meine Pflicht nach rechts und nach links getan.
Die Vorwürfe gegen Herr Geh. Rat Kapp gehören ins Reich der
preussischen Minister des Innern. Daß die öffentlich-rechtlichen Ver-
sicherungsanstalten nicht mit anderem Maße gemessen werden, wie die
privaten, darüber bin ich mit dem preussischen Minister des Innern
vollkommen einverstanden. Gestern rief Herr Redner: „Sie rufen: Es
lebe Deutschland! Wir rufen: Vive la France! (Rufe: Widerspruch
b. d. Soz.) War das Ernst, so können Sie sich über meine Aus-
sagen nicht wundern, was es ein Bild, so muß es natürlich Miß-
trauen gegen Sie und dieses Blut ungenügend! (Lebhafte Zustimmung
b. d. bürgerlichen Parteien.) Die Ausweisung von Dänen gehören
zum Ressort des preussischen Ministers des Innern. Sie sind kein
feindlicher Akt gegen Dänemark, sondern richten sich gegen Einzelne,
die bei uns Propaganda gegen den Bestand des Reiches entfalten.
Herr Scheidemann läßt uns Kampf an. Glauben Sie denn, daß
wir ihn nicht aufnehmen? (Lebhafte Zustimmung rechts.) Auch wir
werden kämpfen, wo immer die Möglichkeit und die gerechteste Unter-
lage sich bietet. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. v. Bött (natl.): Die Gewerkschaften sind mit Recht zu poli-
tischen Vereinen erklärt worden, denn sie verlassen die Grenzen bürger-
licher Betätigung. Der Bund der Landwirte und der Handwerker sind
politische Vereine, sie werden auch als solche behandelt. Wir wollen
die Arbeiter nicht inebeln, wir wollen das Koalitionsrecht festhalten.
(Zuruf b. d. Soz.: Das glaubt Ihnen ja kein Mensch!) Wir wollen
nur die Auswüchse beseitigen, die das Koalitionsrecht zu einem Koaliti-
tionszwang gestalten. Deshalb verlangen wir den Schutz der Arbeits-
willigen! (Beifall rechts.)

Abg. Mumm (Wirtsch. Abg.): Man muß der Sozialdemokratie
den Ansehen nehmen, als ob sie das Recht hat, sich als „die“ Arbeiter-
partei zu bezeichnen. Der Staatssekretär verdient Anerkennung für
sein Eintreten für die Volksversicherung, die ein Segen ist für alle
nationalen und wirtschaftsriedlichen Arbeiter. Die Sozialdemokratie
organisiert ihre Anhänger auch in allen möglichen Sportvereinen, die
jeden Augenblick für die Zwecke der Partei bereitstehen. Diese Vereine
werden daher mit Recht für politisch erklärt. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Gradnauer (Soz.): Die Resolution der National-
liberalen zur Sicherung des Wahlgheimnisses werden wir unter-
stützen. Sie enthält ja eine alte Forderung von uns. Scheidemann
wandelte sich nicht gegen einzelne Feindkräfte einzelner Beamter, sondern
kritisierte den gesamten neuesten Kurs. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Herr
Delbrück hat hier eine merkwürdige Zwitterstellung eingenommen;
immer wieder vertritt er, er selbst sei gerecht und objektiv. Dann
aber sagt er auch immer wieder: „Aber die Sozialdemokraten sind
ganz besondere Menschen und müssen besonders behandelt werden.“
Das läuft doch nicht auf Gleichheit und Rechtsgleichheit hinaus,
sondern auf die Praxis des zweierlei Rechts. (Sehr wahr! b. d. Soz.)
Herr Delbrück hat das zu verteidigen gesucht mit der Redensart, wir
seien staatsfeindlich und nicht national. Durch die ewigen Wiederholun-
gen sind diese Vorwürfe weder anständiger noch geschmackvoller ge-
worden. (Lebhafte Zustimmung b. d. Soz.) Gemiß sind Feinde des
Klassenstaates, aber sind wir deshalb Staatsfeinde an sich, weil wir
einen freieren, besser eingerichteten Staat erstreben? Unseren Pa-
triotismus können wir jederzeit mit Ihrem vergleichen; wir leben
unter denselben Volk mindestens so ehrlich wie Sie! (Sehr wahr! b.
d. Soz.) Selbst berührt die Verdringung der Rede Wendels durch
den Staatssekretär. Wendel hat mit seinem Hochruf auf das Frank-
reich, der Arbeit und des Friedens, auf den Hochruf für Deutschland
geantwortet, den jenes uns zugerufen. Was ist dabei? Wenn eines
Tages der Kaiser und der Präsident sich treffen werden, wird es auch
heißen: Hoch Deutschland! Hoch Frankreich! Wir sind Ihnen nur
immer ein paar Jahrzehnte voraus! (Sehr gut! b. d. Soz.) Das-
selbe Mißverständnis und Mißtrauen der Regierung trifft auch unsere
Gewerkschaften.

Selbst die höchsten Gerichte verstoßen täglich gegen Geist und
Moralität des Vereinsgesetzes.

Keiner Gewerkschaft ist nachgewiesen, daß sie das Ubergreifen auf
politische Gebiete bezweckt. Keine wirtschaftliche Organisation kann
das gelegentliche Ubergreifen auf das politische Gebiet vermeiden. Die
Gewerkschaften sind heute genau so neutral und genau so politisch, wie
zur Zeit der Schaffung des Vereinsgesetzes. Woher also der Wechsel
der Behandlung? Dem Zentralverband der Industriellen fragte die
Regierung fortwährend um Auskunft in politischen Fragen, aber für
politisch hat sie ihn deshalb nicht erklärt. War dieses System des
zweierlei Maßes bei Schaffung des Vereinsgesetzes beabsichtigt? Da-
mals versprach der jetzige Reichskanzler, daß jede Schikane unter-
bleiben sollte. Wer kann von der Erfüllung dieser Versprechungen
auch nur eine Spur entdecken? (Sehr wahr! b. d. Soz.) Eben-
wenig ist es gelungen, das Vorzeichen gegen das Recht des Streik-
postensrechts zu einschubigen. Auf diesem Gebiet hat jetzt die
kräftigste Polizeimilitär Flag gegriffen. Die Nationalliberalen haben
gegen das Verbot des Streikpostensgesetzes gestimmt. Aber wir wissen
jetzt aus den Papieren des Verbandes sächsischer Industrieller, daß sie
nur deshalb ein Ausnahmegesetz abgelehnt haben, weil sie fürchteten,
es könnte auch die Unternehmerverbände treffen. Was hofft man mit
dieser inkonsequenten Polizeimeinheit zu erreichen? Die Sozialdemokratie
ist doch schon mit ganz andern Mäulen und Läden fertig geworden
(Sehr wahr! b. d. Soz.) Lassen Sie endlich ab von der heuchlerischen
Gewaltpolitik gegen die Arbeiterjugend. Wenn Sie schon bisher mit
Schule und Kaserne nichts gegen uns ausrichten konnten, glauben Sie
wirklich etwas zu erreichen, wenn Sie unsere Jugendvereine in
Schikanieren? (Lebhafte Zustimmung b. d. Soz.)

Auch bei meinen Ausführungen über die „Volksfürsorge“ ließ
der Staatssekretär jede Objektivität vermissen. Interessant war seine
Darlegung,
wie alles auf die Beine gebracht wurde, um eine ähnliche Ein-
richtung zu schaffen.

Auch hier bewährte sich die Sozialdemokratie wieder als der Geburis-
helfer jedes sozialen Fortschrittes. Über Sie wollen jetzt neben die
Reiße nicht einmal mehr das Fuderrot der Sozialreform setzen, die
Sozialreform ist vollständig verbannt. Sie gefallen sich in wahn-
sinnigen Vertrauens, anstatt in einem friedlichen Weitemampf auf dem
Gebiet der sozialen Gesehe. (Zustimmung b. d. Soz.)

Die allgemeine politische Lage hat sich seit Beginn des Jahres
durch die Blockbestrebungen des Zentrums merklich geändert.
Wir finden das Abrücken des Zentrums und der Liberalen zur klar-
sten Reaktion etwas merkwürdig, aber wir fürchten es nicht, umso-
mehr werden uns die Wähler zuwenden, umso rarer werden wir
aus dem Reichstag ein freies Land machen. (Lebhafte Zustimmung b. d.
Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Dr. Debus gibt zu, den Schluß der Wendel-
schen Rede falsch zitiert zu haben, hält aber aufrecht, daß der Ruf
„Vive la France!“ etwas Ungewöhnliches und Zergerliches habe!
(Bravo! rechts.)

Abg. Scheidemann (Soz.): Wendel hat niemanden provozieren
wollen. Er hat nur auf Jaurès, der gefährliche hat. „Es lebe Deutsch-
land!“ im Geiste der Internationale geantwortet. Die Entzündung

des Staatssekretärs über den angeblichen Diebstahl, durch den ich seine
Briebe bekommen hätte, kann ich nicht verstehen. Diese Aktenstücke
hat mir in diesem Saale ein kaiserlicher Beamter übergeben (Große
allgemeine Bewegung). — — — und dieser Beamte trug die Uniform
eines Polizeiträgers. (Schallende Heiterkeit.)
Damit schließt die Beratung. Der Etat des Reichskanzlers
wird genehmigt. Angenommen werden die Resolutionen über Schul-
des Wahlgeheimnisses und Reform des Strafrechts.
Hierauf verläßt sich das Haus auf Sonnabend 10 Uhr. (Kleiner
Etat und zweite Lesung der Gesetzentwürfe über den Verbot mili-
tärlicher Geheimnisse; der Gefährdung für Zeugen und Sach-
verständige der Reform der Militärstrafgesetzbücher und der Post-
dampferkontrollen.)
Schluß: 8 1/2 Uhr.

Das Aufführungsverbot von Rosenow's „Die im Schatten leben“ vor dem Ober- verwaltungsgericht

C. B. Berlin, 14. Mai 1914.

Das Urteil des Preussischen Oberverwaltungsgerichts vom
26. Januar d. J., durch welches das vom Berliner Polizeiprästi-
denten Traugott v. Jurgow erlassene Aufführungsverbot des
Dramas „Die im Schatten leben“ endgültig bestätigt wird, ist
heute der Freien Volksbühne mit Gründen zugestellt worden.

Das Urteil geht davon aus, daß die allgemeine Theater-
zensur auch gegen die Freie Volksbühne ausgeübt werden kann,
und daß es bei der Handhabung der Theaterzensur nicht auf
den größeren oder geringeren dichterischen Wert des Stückes
ankommt, sondern nur darauf, ob seine Aufführung auf den
„voraussetzlich in Betracht kommenden Zuschauerkreis“ so
wirken wird, daß das polizeiliche Ordnungsinteresse gefährdet
erscheint.

In dieser Beziehung führt das Urteil ganz ausführlich
den Inhalt des Stückes, die Zerstörung einer armen Berg-
arbeiterfamilie, durch Unfälle und Verführung an, um zu be-
weisen, daß es ordnungsgefährlich sei. Es handelt sich in dem
Stück im wesentlichen nicht um Einzelschicksale, sondern um eine
typische Schilderung von Verhältnissen und Personentreiben.
Arbeiter und Kapitalisten würden gegenübergestellt, und bei den
Arbeitern seien zwar auch Fehler hervorgehoben, die sich aus
ihrer untergeordneten und unterdrückten Stellung ergeben, im
übrigen aber seien sie mit vielem Geschick und großer Liebe so
dargestellt, daß sich ihnen die volle Teilnahme und allgemeine
Bewertschätzung erweude. Besonders packend sei die Not der
Arbeiter dargestellt und die Demütigungen und Entwürdi-
gungen, denen sie sich aus Not geduldig unterwürfen. „Im
Gegensatz zu dieser für die Arbeiterkreise so günstigen Schilder-
ung“ — fährt das Urteil fort — „erfährt man von den Typen
aus den Unternehmerkreisen nichts weiter, als das sie aus-
schließlich erfüllt von ihren persönlichen und geschäftlichen In-
teressen jederzeit geneigt und in der Lage sind, ihr wirtschaft-
liches und persönliches Übergewicht gegebenenfalls auch mit
verwerflichen Mitteln und zu verwerflichen Zwecken gegen-
über den Arbeitern auszunutzen.“ Darin erblickt das Urteil
eine tendenziöse Einseitigkeit, die ordnungsgefährlich wirken
müsse.

„Die Darstellung muß auf Zuschauer aus dem Arbeiterkreise
einen tiefgehenden Eindruck machen, und zwar in dem Sinne, daß
diese dadurch in ihrem Rechts- und in ihrem sittlichen Empfinden
verletzt und mit tiefer Erbitterung erfüllt werden gegen die Unter-
nehmerklasse, aber auch gegen den Staat und die Gesellschaft, die
Zustände, wie sie dargestellt sind, zulassen.“

Ein besonderer Vorwurf wird dem Dichter daraus ge-
macht, daß nicht nur die ganze Darstellung einseitig sei, sondern
auch die Rechtslage der Arbeiterschaft bei ihm verkörpert er-
scheine. Das ganze Stück hindurch werde die Annahme fest-
gehalten, daß die ganze Existenz dieser Bergarbeiterfamilie im
wesentlichen auf widerrechtlichen Wohltaten der Bergverwaltung
beruhe. „Es ist aber nirgends ausreichend darauf hinge-
wiesen, daß die Arbeiter auch wesentliche Rechte haben, zum
Beispiel bei Krankheit und Invalidität, bei Unfällen und Todes-
fällen, besonders nach dem Inkrafttreten der Anfang der 1880er
Jahre eingeführten sozialpolitischen Gesetze, aber auch unter ge-
wissen Voraussetzungen schon vor Erlaß dieser Gesetze . . .
Nun wird man zweifellos mit einem Dichter nicht rechten dürfen,
wenn seine Dichtung gelegentlich mit einigen einzelnen in Gef-
lung befindlichen gesetzlichen Bestimmungen nicht in Einklang
steht. Hier ist aber nicht bloß dies in Frage, es handelt sich
vielmehr um eine völlige und tendenziöse Verdringung des maß-
gebenden Rechtszustandes im Interesse einer ungünstigen Schilder-
ung des Unternehmertums und der staatlichen Ordnung.
Daß dies überhaupt und ausföhrlich geschehen sei, erscheint im
Sinnbild darauf ausgeschlossen, daß der Verfasser Rosenow, un-
streitig sozialdemokratischer Abgeordneter und Redakteur einer
sozialdemokratischen Zeitung in Dortmund, also ganz zweifel-
los mit der Rechtslage vertraut war.“

Endlich hebt das Urteil hervor, daß Rosenow's Berg-
arbeiter-Drama gerade vor Arbeitern nicht gespielt werden
dürfe:

„Es ist nun unbestritten, daß das für die Vorstellungen
des Vereins Freie Volksbühne in Betracht kommende Publi-
kum: sich mindestens zu einem wesentlichen Teile aus Arbeiter-
kreisen zusammensetzt. Nach den gemachten Darlegungen muß
festgestellt werden, daß die Aufführung des Stückes vor einem
solchen Publikum in hohem Maße geeignet ist, dieses mit Haß
gegen Unternehmertum, Staat und Gesellschaft zu erfüllen,
und es auf diese Weise aufzureizen und zu verheizen.“

Eine solche Vorführung sei mit der öffentlichen Ordnung
unvereinbar und deshalb mit Recht verboten worden. Dabei
komme es nicht darauf an, ob das Stück schon in manchen
preussischen Städten ohne Gefährdung der Ordnung aufgeführt
worden sei und ob der Verein Freie Volksbühne sonst eine
nützliche volksbildnerische Tätigkeit entfalte.

Urkundlich unter dem Siegel des preussischen Oberver-
waltungsgerichts. . .

So hat also das höchste preussische Verwaltungsgericht
wieder einmal verkündet, daß ein Arbeiterpublikum anders zu
behandeln, strenger zu zensurieren sei, als eine bürgerliche Zu-
hörerchaft. Der alte Grundsatz zweierlei Rechts!

Der Klassenstandpunkt des Arbeiters darf nicht auf
die Bühne. Auch der Einfall, daß der Rechtszustand falsch dar-

gestellt sei, ist klassisch. Nächstens verbietet Jagow die Bretchen-
Tragbühne aufzuführen, weil Goethe geistlich verdammt, daß
Bretchen Alimentsanspruch an Faust geltend machen
konnte, und weil die Einrichtung der Berufsvormundschaft nicht
erwähnt ist.

Eine juristische Kritikerin an einem bedeutenden Dichtwerk
verdiente keine Erwähnung, wenn nicht das Urteil und Begrün-
dung charakteristisch für den gegenwärtigen politischen Zustand
in Deutschland wären: Den rückstufenden Willen zur Nieder-
haltung der Arbeiter und zugleich die nervöse Furcht vor ihnen.
„Die im Schatten leben“, werden an das Licht gelangen,
auch wenn sich ihrem Aufstieg noch so viel Polizeimaßnahmen
und Berichterstattungen entgegenstellen.

Gewerkschaftliches

— Eine ganze Streikleitung verhaftet. Seit dem 25. April
stehen in Monheim im Kreise Saffingen 81 freigestellte und
24 christlich-organisierte Banarbeiter im Kampfe. Monheim ist
ein kleines Bauerndörfchen mit stark katholischer Bevölkerung,
in dem bisher noch keine Industrie vorhanden war. Eine
holländische Kapitalistengruppe hat ein größeres Werk, die
Rhenania-Werke, das erste industrielle Unternehmen, dort er-
richtet. Einige Vaufirmen führen einige zum Werke gehörigen
Bauten auf. Da die Firmen, den Tarif nicht zahlten und sich
auch auf keinerlei Verhandlungen mit den Vertretern der Or-
ganisationen Ansehen, kam es zum Streik, der erste, der in
Monheim geführt wurde. Die Streikenden verhielten sich, den
Mahnungen ihrer Führer folgend, ruhig. Es war den be-
streikten Firmen nicht möglich, Arbeitswillige herbeizuschaffen.
Außer einigen Italienern hatten alle die Arbeit niedergelegt.
Das scheint den Herren nicht in den Kram gepaßt zu haben.
In der Nacht zum Sonntag wurden in der Kantine, in der einige
arbeitswillige Italiener kampierten, die Fenstersehnen ein-
geworfen. Vom wem, konnte nicht festgestellt werden. Am
Sonntag wurden plötzlich sieben Streikende von der Gendar-
merie verhaftet unter der Beschuldigung, Landfriedensbruch be-
gangen zu haben. Weitere Verhaftungen erfolgten am Montag.
Und am Dienstag wurde die ganze Streikleitung verhaftet und
die Aktenmappe der Streikleitung beschlagnahmt. Außerdem
wurden fast alle Streikenden, die in Monheim wohnen, ver-
haftet und in einem Wagen nach dem Untersuchungsgefängnis
in Obldalen gebracht. Der Zweck der Aktion ist leicht erkenn-
bar. Bisher war es den Streikposten noch immer gelungen,
arbeitsuchende Leute, die nicht wußten, daß auf den Rhenania-
Werken gestreikt wurde, zur Umkehr zu bewegen. Die Werk-
leitung und Gendarmerie leben im besten Einvernehmen, was
schon daraus hervorgeht, daß man den Fußgängerarmen ein
Auto zur Verfügung gestellt hat. Auf eine telephonische Be-
schwerde beim Landrat wurde der Streikleitung mitgeteilt, der
Monheimer Bürgermeister müsse erst Bericht erstatten, bevor
der Landrat eine bestimmte Antwort geben könne. Unter
den Verhafteten befinden sich auch Italiener.

— Der Steinarbeiterverband im Jahre 1913. In den
letzten Jahren hat der Steinarbeiterverband sehr gute Fort-
schritte gemacht; im Jahre 1910 erst 20 267 Mitglieder, konnte
er im Jahre 1913 die Zahl bis auf 31 061 steigern. Dabei muß
in Erwägung gezogen werden, daß die Steinindustrie nur in
den abgelegenen Gebieten domiziliert, was die Agitation
unter diesen Arbeitern, die überdies einem recht schweren Beruf
nachgehen, sehr erschwert. In den Großstädten hat der Ver-
band bloß 13,3 Prozent der gesamten Mitglieder. Auf die
Granit- und Pflastersteinindustrie entfallen 57,8 Prozent, auf
die Sandsteinindustrie 22,9 Prozent der Mitglieder. Der Rest
verteilt sich auf die Marmor-, Schiefer- und Kunststeinindustrie.
Die Zahl der Steinmehnen geht immer mehr zurück, die Kunst-
stein- und Betonbauweise macht gelernte Steinmehnen über-
flüssig. Im Verbands zeigt es sich, daß die Zahl der ungelehr-
ten Arbeiter stark zunimmt.

Die Steinindustriellen zeigen sich seit einiger Zeit etwas
tariffreundlicher. Es mußten im Berichtsjahre aber immerhin
19 Angriffs-, 20 Abwehrstreiks geführt werden, um die Arbeits-
verhältnisse tariflich zu regeln. Dabei hatten die Unternehmer
noch 11 Aussperrungen unternommen. In 79 Orten konnten
die Lohnbewegungen auf friedliche Weise erledigt werden. Für
Kampfszwecke mußten 145 038 Mark ausgegeben werden. Das
Tarifwesen ist in der Steinindustrie sehr umfangreich, einige
Tarife sind dabei recht kompliziert, besonders die in der Monu-
mentbranche. Insgesamt sind 280 Tarife vorhanden, gültig für
2097 Betriebe und 25 269 Mitglieder. Stark profitieren durch
diese Abschlüsse die Christlichen, denn der Steinarbeiterverband
hat jahrelang gekämpft, um die Unternehmer für den Tarif-
gedanken zu erziehen. Allerdings ist die Tarifauflegung durch
die Unternehmer eine recht raffinierte. Dabei macht sich das
Fehlen eines zentralen Schiedsgerichts sehr unliebsam be-
merkbar.

In den Hartsteinbetrieben wurde eine energische Protest-
aktion geführt, damit die Restkasten und Förderwagen einer
Eichung unterzogen werden. Nach langem Kampfe hat der
Reichstanzler an die Bundesregierungen eine dementsprechende
Verfügung erlassen. Weil die Restkasten bisher nicht geeicht zu
werden brauchten, steckten die Unternehmer ungeheure Profite
ein. Bei der Steinabnahme war dem Betrug Tor und Tür
geöffnet. Die Verbandsleitung wirkt auch darauf hin, daß den
„berufsranken“ Kollegen nicht die Invaliden-, sondern Unfall-
rente gewährt wird. Der Bundesrat will aber bekanntlich den
§ 547 der Reichsversicherungsordnung in solchen Fällen leider
nicht zur Anwendung bringen lassen.

In finanzieller Hinsicht ist der Verband gut fundiert.
Sein gesamtes Vermögen beträgt 1 136 603 Mark. Gegen-
wärtig diskutieren die Mitglieder über die Einführung der Er-
werbslosenunterstützung, deren Einführung der Verbandstag
in Dresden sicher beschließen wird. Auf der internationalen
Baufachausstellung zu Leipzig hatte sich der Verband in hervor-
ragender Weise beteiligt. Der Steinarbeiterverband kann mit
seiner Entwicklung im Jahre 1913 sehr wohl zufrieden sein,
hatte er doch im Berichtsjahre sogar eine Mitgliederzunahme zu
verzeichnen.

— Geplante Ausperrung im schlesischen Granitgebiet.
Die Sandsteinarbeiter in Niederschlesien und der Heuscheuer

stehen seit dem 1. April im Streik. Ein Teil der organisierten
Arbeiter wurde ausgesperrt. Die bisherigen Verhandlungen
ergaben, daß den Steinmehnen und Brechern zwei Prozent
Lohnzulage gewährt werden sollte; die Hilfsarbeiter sollten
völlig leer ausgehen. Die Steinbruchbesitzer in Hockenuau weig-
erten sich, mit den Brechern einen Tarif abzuschließen. Nun
legten sich die Granitindustriellen von Striegau, Streben,
Ströbel, Häslicht, Gorkau und Mitasdorf für die Sandstein-
industrie ins Zeug. Am 9. Mai erhielten 2700 Granit-
arbeiter die Kündigung, die zum 23. Mai abläuft.
Trotzdem für die Granitbranche erst in diesem Frühjahr ein
Tarif zum Abschluß kam, wollen die Unternehmer unter Bruch
des Vertrages auch diese Arbeiter aussperrern. Mitglieder
des Hirsch-Duncker'schen Verbandes sollen nicht ausgesperrt wer-
den. Der schlesische Distriktsverband lehnt nochmalige Unter-
handlungen mit den Arbeitern ab. Daraus ist ersichtlich, daß
die Unternehmer die Aussperrung unter allen Umständen
wollen. Ob aber die Rechnung nicht eine faulche ist? Im
Fichtelgebirge wurden ja im März 1400 Granitarbeiter aus-
gesperrt, aber schon Ende April zeigten sich die Schleiferei-
besitzer geneigt, einen Tarif mit einer etwa fünfprozentigen
Lohnhöhung abzuschließen. Aus dem schlesischen Streikgebiet
sind schon weit über 100 Sandsteinmehnen abgereist, so daß
die Unternehmer damit rechnen müssen, ihre qualifizierten
Arbeiter überhaupt auf die Dauer zu verlieren. Die Unter-
nehmer im Bunzlauer Gebiet sind stets auf fremde Steinmehnen
angewiesen, denn wegen der Gesundheitschädlichkeit des Be-
rufes ist es nicht möglich, Lehrlinge aufzutreiben.

— Streik auf der Gott-mit-uns-Grube in Oberschlesien.
Am 8. Mai ist die gesamte unterirdische Belegschaft der Gott-
mit-uns-Grube bei Nikolai, Kreis Pleß, die dem in Paris leben-
den Millinar Sternberg gehört, ausländisch geworden. Ganz
aus sich heraus hat die Belegschaft diesen Schritt getan; aber
nicht ohne zwingende Gründe. Die Arbeitsverhältnisse haben
sich in den letzten Monaten unter der Leitung eines neuen
Betriebschefs schier unerträglich gestaltet. Im vergangenen
Jahre betrug die Stärke der Belegschaft noch über 1000 Per-
sonen. Zu Hunderten sind die Leute in den letzten Monaten
gestrichelt, so daß jetzt nur noch circa 250 Personen beschäftigt
sind. Das besagt schon genug. Am 1. April wurde eine Lohn-
„Regulierung“ vorgenommen. Die Arbeiter in einem Pfeiler-
betrieb erhielten getrennte Bedinge. Die Bedinge wurden der-
artig „geregelt“, daß dabei eine sehr starke Lohnreduzierung
herauskam. Dann wurden im April sieben Schichten gefeiert,
so daß nur sieben Schichten verfahren werden konnten. Die
Häuer und Schwämmer haben einen Lohn von 50 bis 90
Mark im ganzen Monat verdient. Davon werden die Knapp-
schaftsbeiträge, die durchschnittlich 11 Mark und die Geschoß-
kosten, die sich bis zu 35 Mark belaufen, abgezogen. Am
1. Mai wurden 40 Mark Vorkauf ausgezahlt, so daß, wenn
Lohnberechnung für April fertiggestellt und alle Abzüge ge-
macht sind, die Leute noch Reste auf der Grube stehen hätten
und noch Geld mitbringen müßten, um diese zu begleichen.
Angesichts solcher Verhältnisse erübrigt sich jede weitere Frage,
warum die Belegschaft so plötzlich die Arbeit einstellte. Es
handelt sich bei dem Streik auf dieser Grube um einen berech-
tigten Abwehrkampf.

Militärjustiz

Ein überaus hartes Urteil.

Ist vom Kriegsgericht der 2. Division in Insterburg gefällt
worden. Am 18. April waren in der Stadt Rastenburg die
Grenadiere Erich Gronau, Otto Schädling, Bert Fiedler, Otto
Brandenburg und Franz Eisenhardt von der 8. Kompagnie
Granadierregiments Nr. 4 über Zapfenstreich ausgetrieben.
Auf der Straße traf sie der Unteroffizier Braun und rief ihnen,
nach Hause zu gehen. Dies befolgten sie aber nicht, Fiedler und
Schädling suchten vielmehr in einer Seitengasse zu verschwinden,
wohin der Unteroffizier ihnen folgte. Als er Fiedler fassen
wollte, erhob dieser die Fäuste gegen ihn, während Schädling
den Unteroffizier in die Hüften schlug. Jetzt kam Gronau hinzu
und stieß ihn. Der Unteroffizier zog sein Seitengewehr und
verfehlte Gronau damit zwei Hiebe. Dieser wollte jetzt dem
Unteroffizier die Waffe entreißen, packte ihn an dem Hals,
trafte ihn und drohte mit Totschlag. Alle fünf wurden dann
in die Kaserne abgeführt. Gronau erhielt wegen des tödtlichen
Angriffs gegen einen Vorgesetzten, unerlaubten Ausschreitens,
Beharrrens im Ungehorsam, Bedrohung und Beleidigung
2 Jahre 9 Monate Gefängnis. Schädling wegen der gleichen
Vergehen, abgesehen von Beleidigung und Bedrohung, 2 Jahre
1 Monat Gefängnis. Fiedler wegen Bedrohung, unerlaubten
Ausschreitens und Achtungsverletzung 4 Monate Gefängnis.
Brandenburg und Eisenhardt wurden wegen unerlaubten Aus-
schreitens und Beharrrens im Ungehorsam mit je 15 Tagen stren-
gem Arrest bestraft. — Wegen der leichtfertigen, unbedachten
Handlungsweise der Soldaten ist also auf fünf Jahre, zwei
Monate Gefängnis und dreißig Tage strengen Arrest erkannt
worden. Und das nach der „Milderung“ des Militärstraf-
gesetzbuches.

— Geistige Mängel — trotzdem einhalb Jahre Gefängnis.
Das Oberkriegsgericht des 8. Armeekorps verurteilte den Mus-
ketier Stille von der 12. Kompagnie des Infanterie-Regiments
Nr. 161 wegen Ungehorsams, Achtungsverletzung, Beleidigung
vor Vorgesetzten in 16 Fällen, die der Angeklagte an einem
Tage sich hatte zuschulden kommen lassen, zu einhalb Jahren
Gefängnis. Stabsarzt Dr. Bardenheimer erklärte als Sachver-
ständiger, daß er sich um einen geistig minderwertigen Men-
schen handele, dessen Handlungsweise man wegen geistiger
Mängel milde beurteilen müsse. Stille wollte sich in der Arrest-
zelle das Leben nehmen, wurde aber daran gehindert. — Erst
steht der Militarismus diese geistig minderwertigen Menschen,
die für ihre Taten sich kaum Rechenschaft geben können,
in die Uniform und dann ins Gefängnis.

Aus aller Welt

— 75 000 Mark entwendet. In Hannover ist ein Deutsch-
Amerikaner, der sich in dieser Stadt niederlassen wollte, um
75 000 Mark bestohlen worden. Nach seinen Angaben ist ihm
auf dem Wege vom Hauptbahnhof von einem gut gekleideten
Herrn, mit dem er ins Gespräch kam, seine gelbe lederne Brie-
tasche, in der sich 57 englische Hundertpfundnoten und eine
50-Pfundnote der Standard Bank befanden, gestohlen worden.

— Großer Brandshaden. In Sonneberg brach in dem
Geschäftshause der bekannten Spielwaren-Fabrikfirma von
Otto Dressel Feuer aus, das in kurzer Zeit den ganzen um-
fangreichen Gebäudelkomplex ergriff, und bis auf die Grund-
mauer einäscherte. Es fielen u. a. auch der bekannte
historische Dresselhof und das bedeutende Spielwarenmuster-
glimmer dem Feuer zum Opfer. Der Schaden ist sehr be-
deutend. Das Feuer wird auf Brandstiftung zurückgeführt
und war heute früh noch nicht gelöscht.

— Fliegerunglück. Sechs Zweibecker des Geschwaders,
das am 12. März Lyon verlassen hatte, um einen Rundflug
von 6000 Kilometern durchzuführen, gingen gestern 8 Uhr
früh von Müntzhausen ab. In der Nähe von Bleville schlug
einer der Apparate bei einer notwendig gewordenen Landung
um und zerbrach. Der Führer erlitt ernste Verletzungen. Bei
Dreppel fiel bei der Zwischenlandung der Zweibecker Wille de
Wijch nahe am Strand ins Meer.

— Eisenbahnunglück. In Hannover ist auf der Um-
gehungsbahn an der Leinebrücke der Güterzug 5009 mit der
Maschine und einer ganzen Reihe Wagen entgleist. Der Zug-
führer wurde getötet, dem Schaffner ein Bein abgefahren; der
Heizer wurde leicht verletzt.

— Immer wieder Erdstöße. In Sizilien wurden in der
Gegend von Milo, Linguaglossa und Santa Venerina sowie
Giarre wiederholt heftige Erdstöße verspürt. Die Erschütter-
ungen, die zum Teil ziemlich heftig waren, riefen unter der
Bevölkerung große Aufregung hervor. Ein Schaden ist nicht
angerichtet worden. Der Aetna stößt noch immer Rauch-
säulen und Asche aus.

— Folgeschwere Panik bei einem Leichenbegängnis.
Während der Ausbahrung der Leichen von zwei Seeleuten in
Boston bezm. Chicago kam es zu einem großen Gedränge.
Wiele wurden verletzt. In Boston wurden etwa 100 Frauen
niedergetreten. Mehrere davon sind schwer verletzt. In
Chicago wurden etwa 12 Personen niedergetreten.

— Die bezüglich der Mörder des Colmarer Chauffeurs
Köhler von der französischen Polizei eingeleitete Untersuchung
ergab, daß das Verbrechen wahrscheinlich von zwei aus Raincy
bei Paris stammenden 18 jährigen Burschen, Louis Truh und
Gabriel Lambert, verübt worden ist, die in Raincy lange als
Tunlichgute bekannt waren und verdächtig sind, mehrere Ein-
bruchsdiebstähle verübt zu haben. Sie unternahmen vor vier-
zehn Tagen eine Reise nach Nancy und flogen dort unter
dem Namen Jaques und Richard Nereze, Studenten aus Paris,
im ersten Hotel ab, aus dem sie am 6. Mai verschwanden, ohne
die Rechnung bezahlt zu haben. Bei der Polizei wurde von
der Frau Truh mitgeteilt, daß Truh und Lambert sich zunächst
nach Straßburg begeben haben dürften, da sie sich wiederholt
nach einem dortigen Hotel erkundigten.

— Den beiden Mördern des Colmarer Chauffeurs Köhler,
Truh und Lambert, ist die Polizei auf der Spur. Die Ver-
haftung scheint unmittelbar bevorzustehen. Truh suchte seine in
Vernon bei Rouen lebende Tante auf und gestand ihr das
Verbrechen. Er erbat sich Geld, da er seit drei Tagen nichts
gegessen habe. Die Frau gab ihm hundert Franken und sagte
ihm, er möge sich umbringen, um die Ehre der Familie zu
retten, Truh soll dieses versprochen, dann aber nach Havre
abgereist sein.

Aus der Partei

Parteiliquidung.

Im Monat März gingen bei dem Unterzeichneten folgende
Parteiliquidationen ein:

1. Hennig-Argentinien 5,—. 2. Bez. Groß-Thüringen
3. Quart. 4543,39; Lübeck 3. Quart. 1150,10; Lübeck f. Binnen-
schiffer 12,—; Knabe-Berlin 3,0. 3. Mecke-Schlachtensee 50,—;
Bez. Magdeburg 3. Quart. 4773,56. 4. Bez. Schleswig-Holstein
a konto 3. Quart. 1379,18; Verjeepte, Rage, Amerika 4,18.
5. Köln Reg. 20,—. 6. Anhalt II 3. Quart. 856,30. 7. Bez.
Schleswig-Holstein a konto 3. Quart. 3000,—. 9. U. v. Fal-
tenberg, D.-S., 3,—. 10. Bez. Baden Rest v. 1., 2., 3. Quart.
1490,38; Bez. Pommern 3. Quart. 1695,68. 11. Referentmann
durch Gramenz, Treptow 20,—. 12. J.-Berlin 20,—. 13. Bez.
Nordbarn 3. Quart. 7502,42; Bez. Brandenburg, Rest von
Spandau-Osthavelland 3. Quart. 22,32; Groß-Berlin a konto
20 000,—. 14. Bez. Oberhein 3. Quart. 2429,82. 16. Chemnitz,
Dr. P. H. „Zur roten Woche“ 20,—. 17. Bez. Leipzig a konto
3. Quart. 9868,36. 23. Berlin, Dr. G. U. 100,—; P. U. Bern
50,—. 26. Bez. Chemnitz, 16. jährl. Kreis a konto 3000,—;
Arbeiter der Schultheiß-Brauerei, Abt. 4, Heberschuf vom
Märztranz 34,25. 28. E. S., Hebra. 8,—; Bez. Dresden
a konto 4. Quart. 1611,—; Bez. Württemberg 3. Quart. 1608,22.
30. Bez. Württemberg 3. Quart. 1084,17. 31. Bez. West-
falen a konto 3. Quart. 3584,11; Hamburg I 4. Quart. 4000,—;
Hamburg II 4. Quart. 3000,—; Hamburg III 4. Quart.
15 000,—; Hamburg für Binnenschiffer 80,30; Bez. Dresden
4. jährl. Kreis a konto 4. Quart. 4000,—; Bez. Brandenburg
Beitr. von Spandau-Osthavelland 4. Quart. 568,50; Bez. Dres-
den a konto 3. jährl. Kreis 400,—; Bez. Dresden 9728,15; Bez.
Dessl. Westfalen 4. Quart. 4352,75; Bez. Elb-Lothringen
4. Quart. 1175,89; Anhalt I 4. Quart. 1192,80; Bez. Schleswig-
Holstein für Binnenschiffer 14,40; Freiberg, 9. jährl. Kreis
4. Quart. 366,28; Bez. Südbarn 4. Quart. 4902,06; Bez.
Leipzig a konto 4. Quart. 7797,22; Bez. Braunschweig 4. Quart.
1832,21; Bezirk Rassel 4. Quartal 1495,22; Bezirk
Württemberg 6. und 7. Kreis 4. Quartal 406,77;
Bez. Leipzig 11. jährl. Kreis Rest 4. Quart. 177,06; Bez. Ober-
langenbielau 4. Quart. 1510,96; Bez. Groß-Thüringen 3. und

4. Quart. 5848,65; Bez. Brandenburg 4. Quart. 4762,17; Bez. Frankfurt a. M. 4. Quart. 5492,81; Bez. Zwickau 4. Quart. (Zwickau 1575,50; Reichenbach 861,58; Blauen 1074,70) Sa. 3511,78; Bez. Württemberg 4. Quart. 3667,74; Bez. Schleswig-Holstein 4. Quart. 9086,67; Bez. Ostpreußen 3. und 4. Quart. 85,70; Bez. Westpreußen 4. Quart. 599,38; Bez. Chemnitz 4. Quart. 9987,08; Bez. Pommern 3. und 4. Quart. 1960,—; Bez. Polen 4. Quart. 104,89; Bez. Ostpreußen 3. und 4. Quart. 2614,62; Bez. Westpreußen 3. und 4. Quart. 3937,85; Bez. Niederhein 4. Quart. 8704,28; Bez. Dresden 481,98; Bez. Dresden für Binnenschiffer 28,60; Bez. Baden 4. Quart. 3938,10; Bez. Nordwest 4. Quart. 10 004,32; Bez. Westf. Westfalen 3. Quart. West und 4. Quart. 4768,50; Barmarcks-Heberichs 1. Quart. 1914 12 598,57; Bez. Breslau 4. Quart. 2857,17; Bez. Oldenburg 4. Quart. 1938,75; Bez. Hannover 3. und 4. Quart. 9458,42; Borna, 14. Schif. Kreis 1. Quart. 199,78; Ruch. Barmarcks-Heberichs 10 000,—; Bez. Hessen 4. Quart. 3837,08; Berlin, S. S. 50,— Mart.

Berlin, den 9. Mai 1914.

Für den Vorstands:
Otto Braun Rindauer 3.

— Die abgeblichete Privatkrankenkasse. Von der Mannheimer Volkskasse wurde vor einiger Zeit das unlaute Verhalten der Krankenkasse für Handwerker, Kaufleute und Beamte (Sitz Darmstadt) bloßgestellt, und es wurden die Leiter aufgefordert, diese Kasse nicht zu verlassen. Der Vorstand der Kasse fühlte sich beleidigt, weil die Kasse auf gleicher Stufe mit den Schwindelkassen stehend bezeichnet wurde. Die Verhandlung vor dem Mannheimer Schöffengericht endete mit einem Freispruch der Volkskasse, nachdem rechtserbauliche Dinge festgestellt worden waren. Ein angesehenen Arzt führte den Nachweis, daß den kranken Kassenmitgliedern das ihnen zustehende Krankengeld widerrechtlich entzogen worden sei. Festgestellt wurde dann, daß die Kasse bei einer Einnahme von 60 000 Mark im letzten Jahre an Krankengeld 19 000 Mark für Arznei 5505 Mark und an die Ärzte 1991 Mark auszahlte, als Verwaltungskosten aber die Hälfte der Einnahmen verbrauchte. Für 90 in Mannheim wohnende Mitglieder der Kasse wird der Lohn des Hagenden Vorsitzenden Kaiser als

„Subdirektor“ und Kontrollleur. Beamte hat der „Direktor“ jedoch nicht. Weiter wurde festgestellt, daß für 2300 Mitglieder der Kasse 22 Verwaltungsgestellten unterhalten wurden und die Gründung nur den Zweck hatte, die Familie Kaiser zu versorgen. Das Gericht hielt eine Betämpfung dieser Kasse für gerechtfertigt.

Vermischtes

— Der Zuchthäuser a. D. als Polizeispiegel. Am Sonnabend stand vor der Strafkammer in Breslau der mit Zuchthausvorbestrafte Ringkämpfer Theodor Pein mit noch zwei weiteren Angeklagten wegen Diebstahls. Er hatte mit einem Komplizen und einer Dirne zusammen 600 Mark gestohlen; diesen Raub haben die drei unter sich verteilt. Pein verteidigte sich damit, daß er als Polizeispiegel beim Breslauer Polizeipräsidenten angestellt sei und die Straftat nur „in Ausübung seines Amtes“ ausgeführt habe. Er sei sogar schon an andere Polizeibehörden ausgeborgt und dahin instruiert worden, daß er strafbare Handlungen ruhig mitmachen solle, um die Täter dann um so sicherer der Polizei auszuliefern. Die darüber befragten Kriminalkommissare bestritten die Langzeit Peins im Dienste der Polizei, erinnerten sich aber nicht genau und bestritten zum Teil die obige Anweisung. Trotzdem rettete diese von Pein behauptete Anweisung den Herrn Polizeispiegel Pein vor dem Gefängnis. Während die anderen beiden Angeklagten je ein Jahr Gefängnis erhielten, kam Pein frei. Das Gericht nahm an, daß er nur seine Spitzelpflicht getreulich erfüllt habe. Und die Staatskasse übernahm die Kosten für diesen Helfer der Breslauer Polizei!

Literatur

Die Gemeindepolitik einer sozialdemokratischen Mehrheit. Als Heft 16 der im Verlage der Buchhandlung Vorwärts erscheinenden kommunalpolitischen Zeitschrift „Sozialdemokratische Gemeindepolitik“ erschien: Die Gemeindepolitik einer sozialdemokratischen Mehrheit von Julius Bruhns in Offenbach a. M. (Preis 1 Mark, Vereinsausgabe 50 Pfennig). In der gegenwärtigen Presse und besonders in den Zeitschriften des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie ist die Tätigkeit der sozialdemokratischen Mehrheit bei der Statuerenderverordnungsverfahren in Offenbach in gehäffiger und

entstellter Weise kritisiert worden. In der vorliegenden Schrift gibt Genosse Bruhns eine wahrheitsgemäße Darstellung der kommunalen Tätigkeit unserer dortigen Parteigenossen und legt dar, daß das Verhalten unserer Gegner über sozialdemokratische „Wirklichkeit“ eine Lüge und Verdrehung ist. Die Schrift zerlegt nicht nur die gegenwärtigen Lügen, sie gibt auch wertvolles Material aus der Vielfarbtigkeit des kommunalen Lebens, das unseren Vertretern in den Gemeindeparlamenten nützliche Fingerzeige geben kann. Doch darüber hinaus wird sie allen Genossen — besonders auch den agitatorisch Tätigen — gute Dienste leisten, da die Dienenbücher kommunalpolitisch der sozialdemokratischen Mehrheit auch in der allgemeinen politischen Agitation sehr zum Gegenstand von Verdrehungen und Verleumdungen gemacht wird.

Ein schmuckes, neues Gewand trägt der soeben erschienene erste Band der 2. Serie der beliebten Vorwärts-Bibliothek, und auch in der Auswahl des Textes merkt der Verlag gut beraten. Die Hefenreihe, die lustige Erzählung von Otto Fudwig, hat schon vielen Tausenden Freude bereitet und überall, wo sie hinkommt, wird sie immer wieder gern gelesen. Und so werden auch die zahlreichen Hefen der Vorwärts-Bibliothek — die Jungen wie die Alten — die „Heiterkeit“ der Zeit wütend machen, werden sie an ihre Erfahrungen und werden durch eifrige Propaganda dafür sorgen, daß recht viele des Genusses teilhaftig werden.

Der neueste Band der Vorwärts-Bibliothek ist gleich den zehn früher erschienenen Bänden in allen Parteibuchhandlungen vorrätig. Er kostet trotz des großen Umfangs und der guten Ausstattung nur 1 Mark. Bezug durch die Buchhandlung Volkswacht, Danzig, Paradiesgasse 32.

Der Deutsch-Französische Krieg 1870-71 wird in dem Werk „Die Welt in Waffen“ besonders ausführlich behandelt. Alle Schlachten dieses blutigen Ringens werden in Wort und Bild plastisch dargestellt, so daß sich der Leser ein anschauliches Bild von dem Kriege machen kann. Nach all den vielen bizarrtümlich gefärbten Schilderungen dieses Krieges werden es die Arbeiter begreifen, endlich einmal ein Werk zu erhalten, das die wirklichen Ursachen beleuchtet und den einzelnen Taten der Feindführer und der Mannschaften bis in das Letzte nachspürt.

In gleicher Weise wird nicht nur der Krieg von 1870-71 behandelt, sondern alle Kriege des 19. und 20. Jahrhunderts werden eingehend in ihren Ursachen, ihrem Verlauf und ihren Wirkungen geschildert. Auch die Balkankriege der letzten Jahre werden ausführlich berücksichtigt.

Das Werk erscheint in 60 Heften a 20 Pfennig. Jedes Heft ist reich illustriert. Bestellungen nehmen alle Zeitungsabteilungen, Buchhandlungen und Kolportage entgegen. Probenummern und Speiditeure sendet der Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, gern kostenlos.

Kommunale Praxis, Zeitschrift für Kommunalpolitik und Gemeindeverwaltung. Verlag Buchhandlung Vorwärts Berlin SW. 68. Redaktion Dr. Albert Südekum. Jede Woche erscheint ein Heft. Abonnementpreis vierteljährlich 3 Mark. Einzelhefte 30 Pfennig. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Postanstalten, Speiditeure und Kolportage entgegen.

7. Ziehung 5. Kl. 4. Preuss.-Süddeutsche (230. Königlich Preuss.) Klassen-Lotterie

Ziehung vom 15. Mai 1914 vormittags.

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Losnummer gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II.

Nur die Gewinne über 300 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

81 313 30 90 [500] 673 797 800 43 1063 128 81
233 368 610 808 44 2141 78 130 810 11 19 10307 57
53 701 300 65 67 74 3647 110 [5000] 17 58 84 241
483 561 [500] 93 903 [1000] 4692 141 266 [500] 90
1000] 640 817 5 21 90 115 301 62 37 304 448 548
98 [500] 788 812 25 833 8221 [500] 80 333 85 485
57 658 78 847 23 85 7258 82 769 431 [500] 84
547 62 690 78 847 23 85 7258 82 769 431 [500] 84
65 133 228 85 435 540 50 815 41 701 4 8 824 15 40
10102 90 392 452 567 731 11327 45 217 815 40
12124 57 219 44 530 75 637 947 13222 298 507
1000] 87 1444 154 299 333 81 1500] 786 840
98 18688 529 212 301 [500] 67 18384 164 240 53
323 503 621 33 1000] 77 702 14 30 93 67 17020
120 88 780 847 23 85 7258 82 769 431 [500] 84
1000] 741 1100] 457 566 [500] 648 691 19 49 506
550] 768 88 449 67 904 26

7. Ziehung 5. Kl. 4. Preuss.-Süddeutsche (230. Königlich Preuss.) Klassen-Lotterie

Ziehung vom 15. Mai 1914 nachmittags.

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Losnummer gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II.

Nur die Gewinne über 300 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

75 125 272 [500] 493 [500] 659 908 1198 241 313
81 500 500 40 67 657 70 77 858 998 2327 400 8 610
67 71 78 827 849 [5000] 11 217 40 48 326 88 457 710
850 61 90 4017 47 65 240 [1000] 394 846 727 30 87
817 40 5282 967 745 64 [500] 830 40 8089 122 46
345 493 712 638 85 [1000] 89 [500] 7130 244 391 541
56 [1000] 67 878 841 8173 203 509 445 806 9131 243
45 312 10 491 932

7. Ziehung 5. Kl. 4. Preuss.-Süddeutsche (230. Königlich Preuss.) Klassen-Lotterie

Ziehung vom 15. Mai 1914 nachmittags.

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Losnummer gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II.

Nur die Gewinne über 300 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

75 125 272 [500] 493 [500] 659 908 1198 241 313
81 500 500 40 67 657 70 77 858 998 2327 400 8 610
67 71 78 827 849 [5000] 11 217 40 48 326 88 457 710
850 61 90 4017 47 65 240 [1000] 394 846 727 30 87
817 40 5282 967 745 64 [500] 830 40 8089 122 46
345 493 712 638 85 [1000] 89 [500] 7130 244 391 541
56 [1000] 67 878 841 8173 203 509 445 806 9131 243
45 312 10 491 932

7. Ziehung 5. Kl. 4. Preuss.-Süddeutsche (230. Königlich Preuss.) Klassen-Lotterie

Ziehung vom 15. Mai 1914 nachmittags.

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Losnummer gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II.

Nur die Gewinne über 300 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

110052 225 323 412 [500] 32 95 580 46 632 785 899
987 111020 215 230 79 463 798 849 112032 243
58 326 407 85 [500] 724 89 804 113074 171 [10000]
335 410 662 739 114346 472 97 544 884 887 945
116013 166 480 [1000] 612 797 94 82 85 [1000] 87
113070 439 41 200 959 [1000] 307 12 46 524 603
[3000] 839 941 62 117033 117 244 53 428 526 613
84 825 118070 162 495 [1000] 801 19 21 [500] 783
64 922 41 119032 84 111 212 [500] 319 616 99 932 72
1201015 [1000] 33 399 409 73 60 [500] 814 737
248 95 [500] 927 98 121480 512 807 31 34 89 [500]
122088 358 366 421 [500] 87 542 737 65 77 838 911
123012 106 77 424 740 806 15 [500] 124153 464
449 95 886 [500] 82 [3000] 125016 603 37 96
128255 [1000] 804 718 40 49 52 65 839 941 121267
128269 39 381 843 732 907 129205 37 420 44 515
71 827 842 [3000]

berheit beständlicher Volksstämme. Rumänien bedrückt in schlimmster Weise die Bewohner der von ihm annektierten neuen Gebiete. Den Epiroten in Süditalien hat ungewisshat die griechische Regierung selbst die Waffen geliefert. Die fleischlichen Balkanvölker leben in einem Jammer, in einem aufs äußerste gereizten Chauvinismus. Unkomfort hätte Europa die Pflicht gehabt, gegen Raub und Mord durch die Selbstbestimmungsrechte der Völker zu verfahren. Aber durch die Eifersüchtlichkeit der Großmächte ist das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu einem bloßen Hohn geworden. Die Hoffnung auf eine friedliche Entwicklung Armeniens kann nur dort bestehen, die die heimtückische und ungewisshatige Gewaltpolitik Russlands in diesem Lande nicht verfolgt hat, das strategisch für die Länder der Bagdadbahn ebenso wichtig ist wie für Persien. Amel jüngst veröffentlichte Denkschriften des russischen Handelsministeriums und des Ministeriums des Auswärtigen über die Verkehrsverbindungen nach Persien sprechen offen die Absicht aus, die Stellung Russlands in Kleinasien sowohl gegenüber England, wie gegenüber Deutschland zu befestigen. (Hört! Hört! b. d. Soz.) Hätte Deutschland längst in Armenien auf Reformen gedrängt, sähe es dort besser aus. Statt dessen haben wir die Politik Abdol Hamids unterstützt, wie wir überhaupt Bürokratenpolitik, Kabinettspolitik treiben, die den Ländern und Völkern nichts nützt. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Die Resolutionen über die Besserstellung der Generalkonsulate und über den Ausbau des diplomatischen Unterrichts werden wir annehmen. Es könnte überhaupt nichts schaden, wenn die ganze Diplomatie durch einen erweiterten Konsulatsdienst erlebte würde. Die Wahrung des Staatsinteresses an die deutschen Kaufleute im Ausland, die fremden Sprachen zu lernen, können wir billigen. Sie sollten sich durch keinen falsch verstandenen Nationalismus davon abhalten lassen. Zweifelsfrei ist seine Empfehlung, an das deutsche Finanzkapital, sich an Konzeptionen im Ausland, insbesondere Eisenbahnbauten, zu beteiligen. Die Jagd nach solchen Konzeptionen birgt Konfliktsgefahren in sich, und ob ein dauernder Gewinn herauspringt, ist mehr wie zweifelhaft. Der Hr. Spahn hat für die deutsch-englische Freundschaft gesprochen, aber dabei England ein ganzes Sündenregister vorgehalten. Das ruft zum mindesten eine Gegenrechnung hervor. England hat unter dem großen Friedensfreund Campbell-Bannerman seine Flottenausgaben von 820 Millionen in 1904 auf 880 Millionen in 1908 vermindert. Erst als Deutschland trotzdem mit aller Kraft weiter rüstete, hat England seine Flottenausgaben weiter gesteigert. Spahn hat dann England einen Vorwurf daraus gemacht, daß es nicht auf das Blockade- und Seebüterrecht verzichtet. Damit nimmt England für sich nur in Anspruch, was im Landkriege allgemein geschieht. Wir mißbilligen solche überlebten Kriegesitten, aber verständlich ist Englands Haltung durchaus. Herr Spahn hat dann das Wort vom Hong für werlos erklärt und schließlich wie ein Nationalbetrüger die Konflikte der Völker aus nationalen Gegenständen für unermesslich erklärt.

Der kriegerische internationale Merkantilismus
schlägt jedenfalls allen Grundgesetzen des Christentums ins Gesicht. Die Friedensidee ist eine große geistige Macht, und wir werden dafür sorgen, daß sie auch materielle Kraft gewinnt. (Sehr gut! b. d. Soz.) In Deutschland macht sich heutzutage der platteste Merkantilismus breit. In England und Frankreich gibt es auch in den bürgerlichen Parteien starke Widerheiten, die an den alten Ideen der französischen Revolution, an dem Glauben an Recht und Freiheit festhalten. In Deutschland erntet, wer von Recht und Freiheit spricht, nur ein mitleidiges Lächeln oder gar Hohn. Der Abg. Dertel hat gemeint, wir hätten im eigenen Auge nur einen Spalter, die anderen Nationen aber einen ganzen Balken. Bei Herrn Dertel nimmt es nicht wunder, daß ihm der Sinn für Maße und Proportionen abhanden gekommen ist. (Heiterkeit.) Unsere Regierung ermuntert die Chauvinisten, statt sie zurückzuweisen, und selbst von höchster Stelle sind zahllose Worte gesprochen worden, die im Auslande große Besorgnis erwecken mußten. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Man weiß ja, wer leider heute noch in Deutschland regiert. Auch den Kronprinzen sollte der Staatssekretär des Auswärtigen dazu erziehen, daß er sich seiner Verantwortlichkeit besser bewußt wird. (Sehr gut! b. d. Soz.) Der gegenwärtige Friede ist nur der kalte Krieg der Rüstungskonkurrenzen. Was Wendel am Schluß seiner Rede gesagt hat, war der Ausdruck unserer herzigen Empfindung. Dem Frankreich der Arbeit und Freiheit gelten nach wie vor unsere herzlichsten Sympathien. (Lebhafte Zustimmung b. d. Soz.) Niemand ist der Chauvinismus in Frankreich so schwach gewesen, wie heute, niemand haben dort sovietische Leute offen erklärt, daß Elb-Bohringen nicht länger Deutschland und Frankreich verbinden dürfe. Die Deputierten und Senatoren auf der Berliner Friedenskonferenz Pfingsten 1913 haben jedem Worte Babels gegen den Chauvinismus begeißelt Beifall gefunden. Das Bündnis zwischen dem offiziellen Frankreich und dem offiziellen Russland ist gewiß dauernd. Aber schon am 2. September 1870, am Tage von Sedan, schrieb

Karl Marx an Friedrich Engels,
die Folge einer Gebietszerstückelung Frankreichs würde sein, daß Russland sich in alle Zukunft als Retter Frankreichs aufspielen werde. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die beste auswärtige Politik, die beste Selbstverwaltung zu geben. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Der Kriegsminister hat sich neulich gegen uns auf Fichte berufen, er hat sicherlich von Fichtes Reden an die deutsche Nation ein Wort gelesen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Fichte war Sozialist, Demokrat und Republikaner, und sagte den Nationalismus genau so auf, wie wir. (Oh! rechts.) Er wollte ein Reich der Freiheit, gegründet auf Gleichheit alles dessen, was Menschlichkeit trägt. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Im Geiste Fichtes drücken wir das, was die Arbeiterdemokratie aller Länder befehlt, mit dem französischen Volksdichter von 1848 in den Worten aus: „Denn Brüder sind uns die Nationen, und Feind uns alle Tyrannen.“ (Lebhafte Beifall b. d. Soz.)

Präsident Kämpf: Herr Abgeordneter, Sie haben in Ihrer Rede gesagt: „Der deutsche Kronprinz, der jetzt 32 Jahre alt ist, mußte wissen, was er der Verantwortlichkeit seiner Stellung schuldig ist.“ (Sehr wahr! b. d. Soz.) und wenn er das nicht weiß, mußte der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes energischen Protest dagegen einlegen, daß er unsere friedlichen Beziehungen zu anderen Staaten gefährdet. (Lebhafte Zustimmung b. d. Soz.) Diese Anschuldigungen übersteigen das erlaubte Maß der Kritik (Lachen b. d. Soz.) und sind geeignet, den Kronprinzen zu verletzen. (Zurufe b. d. Soz.: Dann muß er aber sehr empfindlich sein!) Ich rufe Sie deshalb zur Ordnung. (Bravo! rechts, Lachen b. d. Soz.)

Abg. Fürst Löwenstein (Ztr.): Wir sind gewiß für gute Beziehungen zu England, aber das Maß unserer Flottenrüstungen bestimmen wir selbst. Für die französische Hurrarede des Abg. Wendel haben wir nur Heiterkeit übrig. Den Eintritt Deutscher in die Fremdenlegation müssen wir mit allen möglichen Mitteln zu verhindern suchen. Der Redner verteidigt dann die österreichische Balfanzpolitik und feiert die österreichischen Staat überhaupt als eine völkerverständliche Notwendigkeit. Auch zwischen Deutschland und Rußland beständen keine ernsthaften Interessengegenstände. Wenn der Prinz von Wied über die russische Grenze geschritten und Herr Kersin Fürst von Albanien geworden wäre, würde die Sozialdemokratie wohl anders über das Maß von Schutz urteilen, den das Deutsche Reich seinen Angehörigen schuldet. (Heiterkeit und Bravo! rechts.)

Abg. Freiherr v. Rühlhosen (natl.) begrüßt den Ausfall der französischen Wahlen, warnt aber vor Ueberstürzung. Die Fremdenlegation sei eine innerfranzösische Angelegenheit, ebenso wie das russische Gefängniswesen eine innerrussische. Die Gefahr für den Weltfrieden rühre meist von ehrgeizigen Offizieren her. (Sehr wahr! links.) Der Redner bespricht dann den Fall des Generalkonsuls Schlieben in Belgrad.

Staatssekretär v. Jagow verspricht, auf den Fall Schlieben einzugehen, sobald ausführliche Berichte vorliegen. Die Gesandtschaften der Einzelstaaten seien ein Reservatrecht, das vom Reiche nicht angetastet werden dürfe.
Abg. Dr. Hecker (Ztr.): Eine bessere Ausbildung der Diplomaten ist notwendig. Gegen Ggamina habe ich freilich selbst stets eine ausgesprochene Abneigung gehabt. (Große Heiterkeit.) Dr. Dertel will Frauen auch in den untergeordneten Stellen des diplomatischen Dienstes nicht verwendet wissen. Man könnte von ihnen sagen mit einer Variation Goethes: „Mit irgend einem Trank im Leibe, steht er ne Suffragette in jedem Weibe.“ (Stürmische Heiterkeit.) Das Vertrauen in unsere auswärtige Politik ist in den letzten Jahren ständig gewachsen; das danken wir zum größten Teil

dem Reichskanzler und dem Staatssekretär v. Jagow. (Bravo! b. d. Ztr.)

Abg. Dr. Dell (Ztr.) wünscht, daß die Konsulate sich mehr um die wirtschaftlichen Verhältnisse unseres Landes kümmern. Damit schließt die allgemeine Debatte.

Die Resolution, die den besseren Ausbau der Auslandsstudien fordert, wird angenommen, ebenso die, welche pensionsfähige Gehälter für die Generalkonsulate an den wichtigsten Plätzen verlangt.

Bei der Eingebung bemerkt
Abg. Dr. Ciebke (Soz.): Der unterm Namen „Emma Hon“ betamte deutsche Schriftsteller Johannes Holzmann, der in Russland 1907 zu 15 Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden ist, versetzt durch die entsetzlichen Zustände in den russischen Gefängnissen in Selbstmord.

und wurde in eine Irrenanstalt überführt. Dort ist er vor kurzem gestorben. Jemand verachtete seine Familie mit Hilfe des Auswärtigen Amtes, ein Eingebungsgesuch für ihn bei dem Kassen einzulegen. Das erste Mal bekam der Rechtsanwalt die Papiere vom Auswärtigen Amt durch einen Beamten der politischen Polizei zurück. (Lebhafte Zustimmung b. d. Soz.) Das zweite Mal, das direkt in Russland eingereicht wurde, wurde von höheren russischen Beamten bis zum Kriegsminister hinauf beschwert. Die Begründung schickte aber, wie man dem Bruder des Holzmann mitteilte, an dem Übersetzer der deutschen Botschaft in Petersburg. Auf seine Erfindung dort erfuhr Holzmann, daß die Botschaft ein offizielles Eingereicht für seinen Bruder ablehnte, die russischen Behörden aber habe wissen lassen, daß sie, obwohl Holzmann früher Anwalt gewesen und eine Rückkehr nach Berlin nicht erwünscht sei, gegen seine Freilassung nichts einzuwenden habe. Das ist in Russland verstanden worden, und Holzmann wurde nicht freigelassen. Seine Weisestrafen sind eine Folge der Zustände in russischen Gefängnissen. Diese Zustände sind nicht eine Angelegenheit Russlands allein, sondern der ganzen Kulturwelt. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Es ist

ein Kulturverschand, daß man sich nicht mit dem erforderlichen Nachdruck ganz offiziell an Russland wendet, um einen Druck zur Änderung dieser Verhältnisse auszuüben. (Vizepräsident Dove: Sie können beim Titel „Gesandtschaft in Petersburg“ nicht das allgemeine Verlangen begründen, auf die russischen Kulturzustände einzuwirken.) Die deutsche Regierung kann manches retten, wenn sie sich mit Energie der deutschen Gefangenen in den russischen Gefängnissen annimmt, und dabei die ganze Frage der russischen Gefängnisreform aufrollt und das Kulturgewissen Europas aufrüttelt. Wir fordern das von ihr als ihre Pflicht gegen die Menschlichkeit und die Kultur. (Lebhafte Beifall b. d. Soz.)

Staatssekretär v. Jagow bestätigt die Darstellung Liebknechts und meint, da wir die russische Regierung haben wissen lassen, daß wir keine Eingebungen gegen die Freilassung Holzmanns erheben werden, könne das Auswärtige Amt ein Vorwort nicht treffen.

Abg. Freiherr v. Rühlhosen (natl.): Da er sich um einen Weisestrafen handelte, hätte auch ich seine Begründung gern gesehen. In die Verhältnisse der russischen Gefängnisse können wir uns natürlich nicht einmischen.

Abg. Dr. Ciebke (Soz.): Von dem Grundsatze, daß man bei politischen Verbrechen ein Eingreifen ablehnt, hätte man bei einem Weisestrafen absehen müssen. Der Grundsatze wird aber nur praktiziert bei politischen Verbrechen im revolutionären Sinne. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Für seine Spione verwendet man sich schon, und welche Mühe hat das Auswärtige Amt nicht aufgewendet, um den Betrüger und Verräter der Firma Siemens-Schuckert in Japan zur Seite zu stehen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die Erklärung der deutschen Regierung, daß sie keine Eingebungen gegen die Freilassung Holzmanns erhebe, klingt nach dem Vorderatze, daß er sich als Anwalt politisch mißliebig gemacht habe und man seine Rückkehr nach Berlin nicht gern sehen würde, wie eine Ablehnung, nicht aber wie eine Befürwortung. Darüber, daß bei dem ersten Eingebungsgesuch dem Rechtsanwalt sämtliche Papiere durch einen Beamten der politischen Polizei zurückgegeben wurden, hat der Staatssekretär nichts gesagt, das scheint er also ganz in der Ordnung zu finden. In die Verhältnisse der russischen Gefängnisse einzugreifen, liegt sehr wohl ein Anlaß vor, da diese Zustände eine allgemeine öffentliche Gefahr geworden sind. Bei der Türkei scheut man sich vor solchen Eingriffen nicht, aber vor Russland hat man Angst. Die Kulturpflicht sollte der deutschen Regierung aber höher stehen. (Beifall b. d. Soz.)

Abg. Dr. Hecker (Ztr.) fordert Beschleunigung des Vorkaufes in Washington.

Abg. Dr. Ciebke (Soz.): Das Generalkonsulat in Yokohama hat versucht, die betrügerischen Nachenschaften der Firma Siemens-Schuckert in Japan zu verdecken; die Regierung hat offenbar für die Befreier Partei ergriffen. (Vizepräsident Dove rügt diesen Ausdruck.) Eine Denkschrift des Auswärtigen Amtes liefert den dokumentarischen Beweis dafür. Man hat sich der Firma zuliebe der Außenbefreiung schuldig gemacht. Die Mitschuld der Behörden an der Vertuschung dieses riesigen Skandals ist ein Skandal ersten Ranges. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Vizepräsident Dove ruft den Redner zur Ordnung.
Direktor Dr. Krieger: Die deutschen Behörden haben in keiner Weise sich einer Ankortheit schuldig gemacht.

Abg. Bassermann (natl.): Wir bedauern die Angriffe des Abg. Liebknecht gegen eine hochangesehene deutsche Firma. Den Schaden davon haben die deutschen Arbeiter. Zum mindesten hätte doch Dr. Liebknecht den Abbruch des Strafverfahrens in Japan abwarten müssen. (Lebhafte Zustimmung in der Mitte und rechts.)

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.): Der Herr Abg. Bassermann hat nur die Kleinigkeit übersehen, daß in dieser Sache schon ein rechtskräftiges Urteil eines deutschen Gerichts vorliegt. In dem Prozeß gegen den verurteilten Expresler Richter hat das Gericht ihm ausdrücklich die unlauteren Manipulationen der Firma Siemens-Schuckert als Entlastungsgrund angedreht. In dem gleichen Urteil ist festgestellt, daß die Firma Bestechungsgelder gegeben hat. In einem Brief der Firma vom 16. Juli 1911 wird ausdrücklich erwähnt, daß der Admiral Fujii 5 Prozent Provision und der Admiral Sarafati 2 1/2 Prozent erhalten hat. Durch diese Verbindungen sei es der Firma möglich gewesen, bei der Lieferung für die japanische Marine bevorzugt zu werden, und für ihre Erzeugnisse besonders günstige Preise zu erhalten. (Stürmische Zustimmung b. d. Soz., große Bewegung.)

Vizepräsident Dove: Sie dürfen hier nur über die Behörden, nicht über die Firma Siemens-Schuckert sprechen.

Abg. Dr. Liebknecht (fortfahrend): Wie? Der Abg. Bassermann durfte mit einer augenscheinlich unwahren Erklärung der Firma mich angreifen, und ich soll nicht attemäßig antworten dürfen? (Stürmische Zustimmung b. d. Soz.) (Vizepräsident Dove: Ich habe Ihnen einen gewissen Spielraum gelassen.) Ueber diese Befreier hat das Generalkonsulat in Yokohama und das Auswärtige Amt die schühende Hand gehalten. Das kann und wird niemand mir abstreiten. (Lebhafte Beifall b. d. Soz.)

Der Etat des Auswärtigen Amtes wird angenommen.
(Fortsetzung in der Beilage.)

Schimpferell: Der Oberkrist fürchtet die Arbeiterzeitung, wie der Teufel das Weihwasser.

Der Referent empfahl den Gemeindeführern Eingaben an die Kommune. Zu hoch dürften die Forderungen nicht sein, weil sie sonst von der Stadtverordnetenversammlung abgelehnt würden. Die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung besteht aus seinen schwarzblauen Blockfreunden. Wenn er deren Arbeiterfreundlichkeit ein solches Zeugnis ausstellt, haben wir nichts hinzuzufügen. Die Behandlung der Eingabe der städtischen Arbeiter aus dem Krankenhaus im Dreiklassenhaus ist noch in guter Erinnerung. Keiner der christlichen Arbeitervertreter sprach zu ihren Gunsten auch nur ein einziges Wort!

In der Diskussion wurde über die Verschlechterung der Entschädigung für Außenarbeit gellagt. Ueber die Arbeiterausschlüsse war man verschiedener Meinung. Wenn sie nur von den Christlichen befehrt werden, sind sie gut, sonst nicht.

Wochenbericht des Statistischen Amtes der Stadt Danzig.

Nr. 19. Woche vom 3. bis 9. Mai 1914.

1. Geburten der Vorwoche:

	lebend	tot	unb.
männlich	41	—	41
weiblich	40	1	50
zusammen	80	1	91

Die unehelichen Geburten sind 18,7% der Totgeburten 1,1% der Gesamtzahl.

2. Zahl der Eheschließungen: 27.

3. Sterbefälle (ohne Totgeburten):

	tot	über 1 Jahr
1. Kindbettfieber	—	—
2. Scharlach	1	—
3. Masern und Röteln	—	—
4. Diphtherie und Krupp	2	—
5. Keuchhusten	—	—
6. Typhus	—	—
7. Tuberkulose	6	—
7 a. Krebs	1	—
8. Krankheiten der Nahrungsmittelorgane (auschl. 4, 5, 7)	6	2
9. Magen- und Darmkatarrh, Brechdurchfall	6	5
10. Verfallsamer Tod	1	—
11. Alle übrigen Todesursachen	29	7
zusammen	52	14

darunter: männlich 26 weiblich 26

4. Meldungen von Infektionskrankheiten: Eingekammerte Zahlen bedeuten außerhalb Danzigs Erkrankte und nach Danzig überführt Scharlach 15 (1), Diphtherie und Krupp 4, Unterleibstypus —, Kindbettfieber 1 (1) Granulose 3.

5. Fremde sind polizeilich gemeldet: insgesamt 1471, davon aus Österreich 15, Rußland 5, Italien 3, Holland 2, Amerika 2, Schweden, Norwegen und Frankreich je 1.

6. Polizeiliche Meldungen der Zu- und Fortzüge:

	männl.	weibl.	überhaupt	darunter ein- stehende Personen männl.	weibl.
lingezogene innerhalb der Stadt	833	805	1638	377	336
Zugezogene von auswärts	492	323	815	334	181
Fortgezogene nach auswärts	388	380	768	276	258

7. Auf das Jahr und 1000 Einwohner berechnet
betrug die Zahl der Geborenen einschf. Totgeburt. 24,2 (Vorwoche 36,3)
betrug die Zahl der Sterbefälle einschf. Totgeburt. 14,7 (Vorwoche 15,5)
betrug die Zahl der Eheschließungen 7,2 (Vorwoche 7,5).

Schweinezählung am 2. Juni.

Auf Beschluß des Bundesrats findet in diesem Jahre am 2. Juni eine Zwischenzählung der Schweine wie im vorigen Jahre statt. In früheren Jahren wurden die Schweine nur im Winter gezählt. Es hat sich jedoch herausgestellt, daß bei der kurzen Aufwuchszeit der Schweine eine einmalige Zählung im Jahr nicht genügt, um eine Kontrolle unserer Fleischproduktion zu erhalten. Im vorigen Jahre ist deshalb zum ersten Male eine Sommerzählung veranstaltet worden. Die vorjährige Sommerzählung ist ebenso wie die diesjährige, eine vom Reich angeordnete, während die früheren Winterzählungen mit wenig Ausnahmen solche Breußens waren. Um ein möglichst genaues Bild der Fleischzeugung zu haben, geschieht die Zählung nach Altersgruppen. Wir bitten unsere Leser, den mit der Erhebung betrauten Beamten bereitwillig Auskunft zu geben. Jeder Nachteil, namentlich die Bewertung der Ergebnisse zu Steuerzwecken ist ausgeschlossen.

Streik auf der Danziger Schichau-Werft. Am Sonnabend vormittag sind auf der Schichau-Werft die Tischler in den Streik getreten, weil die Direktion die von den Arbeitern geforderte geringe Lohnzulage ablehnte. Der Einstellungslohn für Tischler beträgt zurzeit auf der Danziger Schichau-Werft nur 22 Mark wöchentlich. An der Bewegung sind sämtliche Organisationen beteiligt. Von 200 Beschäftigten legten 160 die Arbeit nieder.

Das Eröffnungsprogramm des Wintergartens festigte den guten Ruf des Sommerparadieses. Die zahlreich Erschienenen folgten mit Interesse dem Spiel des geschmeidigen Tänzerpaares Chitt und Melitta. Mit Ruhe und Sicherheit arbeiteten ein Herr und eine Dame im Balanceakt Wolters. Die glatte Durchführung aller Trias ließ deren Gefährlichkeit gar nicht erkennen. Der Humorist Willy Schäffer verstreute keine Sache. Allen Anwesenden ging das Lied vom armen Fridolin nahe. Seine launigen Verse gefielen, und trotz der „angeborenen Bescheidenheit“ mußte er sich zu einigen Zugaben verstehen. Der komische Akt Benares am dreifachen Red zeigte, daß auch auf diesem Gebiete immer neueres und besseres geleistet wird. Wie ein Federball flog der Körper von einem Red zum andern. Kein Fehlgriff störte die waghalsigen Produktionen. Nora Norden trug mit Temperament und Feuer einige Chansons vor. James Grill fand mit seiner Szene viel Anklang. Die Juggling-Pantomime brachte schöne Lichteffekte auf verdunkelter Bühne. Ihre Vorführung fand reichen Beifall. Eine Schar munterer Fortrierer führte der Dressurakt der Madame Amarow auf die Bühne. Sie zeigten sich als gute Springer und gehorchten auf jeden Wink. Ihre Dressur war ohne Tadel. Den Schluß der Vorführungen bildeten lebende Bilder.

Unangenehm waren die langen Pausen. Wir nehmen an, daß sie sich bei den nächsten Vorführungen vermeiden lassen.

Danziger Nachrichten

Der schwarze Arbeitersekretär Schümmer
sprach am Freitag abend im Josephshaus über die Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation für die in den städtischen Betrieben beschäftigten Arbeiter. Gewerkschaftliche Fragen wurden in dem Vortrage nur kurz berührt, aber um so mehr auf die böse Volkswacht geschimpft, die den christlichen „Arbeiterführern“ so bitter unrecht tue, die es sogar wage, dem großen Münsterberg einen Spiegel vorzuhalten. Die Stadtverordnetenwahlen sind nahe! Und der gleiche Schümmer, der sich über den Ton der Volkswacht entrüstet, nennt die Kritik der Volkswacht eine verrückte

Rund 70 000 Feuerbestattungen wurden nach der Zeitschrift für Feuerbestattung bisher im deutschen Sprachgebiet vorgenommen. Im Monat April d. J. erfolgten 1168 Bestattungen, davon 996 in Deutschland. Am stärksten ist immer die Beteiligung Sachsens, dessen Anzeigen 274 oder 27,5 Prozent sämtlicher Feuerbestattungen aufweisen. An erster Stelle unter sämtlichen Krematorien steht Leipzig mit 89; dann folgen: Berlin I mit 84, Bremen 77, Chemnitz 69, Dresden 64, Jülich 58, Gotha 57, Hamburg 51, Stuttgart 50, München 36, Jitkau 34 und Jena 30. Von den anderen Feuerbestattungsanstalten erzielten:

Baden-Baden 8, Berlin II (Leptom) 11, Coburg 19, Dessau 5, Oesenach 16, Ehlingen 4, Frankfurt a. M. 6, Freiburg i. Br. 7, Gera 27, Göttingen 4, Görtlich 7, Greismald 6, Hagen i. W. 5, Heidelberg 7, Jellmann 5, Karlsruhe 18, Lübeck 8, Mainz 27, Mannheim 27, Weiningen 13, Nürnberg 19, Offenbach 21, Pöhlitz 10, Reutlingen 1, Sonneberg 6, Tilsit 6, Ulm 19, Weimar 12, Wiesbaden 13, Zwickau 18. — Gegenüber dem gleichen Monat im Vorjahre bedeuten die Ergebnisse des April eine Zunahme von insgesamt 189 Feuerbestattungen. Nach der Zeitschrift für Feuerbestattung waren unter den 996 in Deutschland Feuerbestatteten 661, und von den 167 Schweizer 130 Einheimische. Das Verhältnis der einheimischen zu anderen Feuerbestatteten schwankt in den einzelnen Bundesstaaten. In Preußen, wo die strengen Vorschriften auswärtige Ueberführungen äußerst erschweren, sind 9/10 aller Feuerbestatteten Einheimische; in Sachsen und Thüringen, wo die Vorschriften milder sind, steigt auch die Anzahl der Ueberführungen. So sind in Sachsen nur 2/3 und in Thüringen nur die Hälfte der Feuerbestatteten Einheimische. Am stärksten ist die Anspannung der Krematorien in Sachsen, den Freistädten und Thüringen, am schwächsten in Anhalt.

Delegationen: Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands. Als Delegierter zum Gewerkschaftscongreß in München ist für den 12. Wahlkreis der Genosse M. Wollermann, Danzig, mit 1450 Stimmen gewählt.

Am 24. Mai beginnt in Dresden der Verbandstag der Holzarbeiter. Die Hauptstellen Danzig, Elbing und Stolp werden durch den Genossen Unterhalt, Danzig, vertreten.

Das Ausfallblatt, das den Abonnenten der beliebtesten Zeitschrift In Freien Stunden mit dem Ablauf des ersten Halbjahres 1914 kostenlos überreicht wird, ist eine gut ausgeführte Reproduktion des bekannten Bildes Morgenstunde von Morly v. Schwind. Das wirkungsvolle Bild wird sicher den allgemeinen Beifall der Leser unserer Parteifamilienhefte finden. Anspruch auf die Lieferung des Bildes haben alle Leser von In Freien Stunden, die den jetzt zum Abdruck gelangenden Roman Der Amerika-Johann, einen Bauernroman aus Schweden von Felix Moschler, vollständig bezogen haben. Bestellungen auf In Freien Stunden nehmen unsere Zeitungsfrauen und Kolporteurs zum Preise von 10 Pf. pro Heft entgegen. — Gleichzeitig möchten wir noch darauf hinweisen, daß von dem Driesmannschen Buch Der Mensch der Urzeit nur noch eine ganz kleine Anzahl vorhanden ist, die zu dem Vorzugspreis von 60 Pf. abgegeben werden kann. Die Genossen, denen am Erwerb des Buches gelegen ist, mögen sich also beeilen. [Buchhandlung Volkswacht.]

mann. Der deutsche Erfinderschuhverband, E. N., Sitz München, Jahnstraße 20, ersucht uns hierzu um Aufnahme folgender Zeilen: Das Treiben des Klostermann war seit Jahren derart betrügerisch, daß man sich wundern muß, daß erst jetzt gegen ihn vorgegangen wurde. Dem Klostermann war schon vor Jahren der deutsche Boden zu heiß geworden und er verzog nach Zürich und Magliaso bei Lugano (Schweiz), von wo aus er seine Schwindelereien fortsetzte und Erfinder um bedeutende Summen betrog. Er organisierte den Schwindel in großartiger Weise, gründete die Aktiengesellschaft F. Klostermann u. Co., die in allen Kulturstaaten Filialen besaß, welche unter den unglaublichsten Angaben den Erfindern Geld herausgaben. Die Verhaftung Klostermanns wird jedoch keinen Erfolg zeitigen, als die Filialbüros der Aktiengesellschaft denselben Schwindel weiter fortsetzen werden.

In den Bezirksvereinen des deutschen Erfinderschuhverbandes wurden schon oft über dieses Treiben öffentliche Vorträge gehalten, um das Publikum eingehend aufzuklären. In der vom Verband herausgegebenen Deutschen Erfinderszeitung begann in der Nummer 3, Jahrgang 1914, eine Artikelserie über Patentschwindler, die für alle Erfinder großes Interesse hat. — Interessenten werden die Nummern gratis zugesandt. Der Verband berät gern jedermann kostenlos bei der Anmeldung oder Auswahl von Anmeldebüros. Er ersucht aber auch, ihm Material über unredliche Vorgänge aus dem Patentierungswesen zur Verfügung zu stellen.

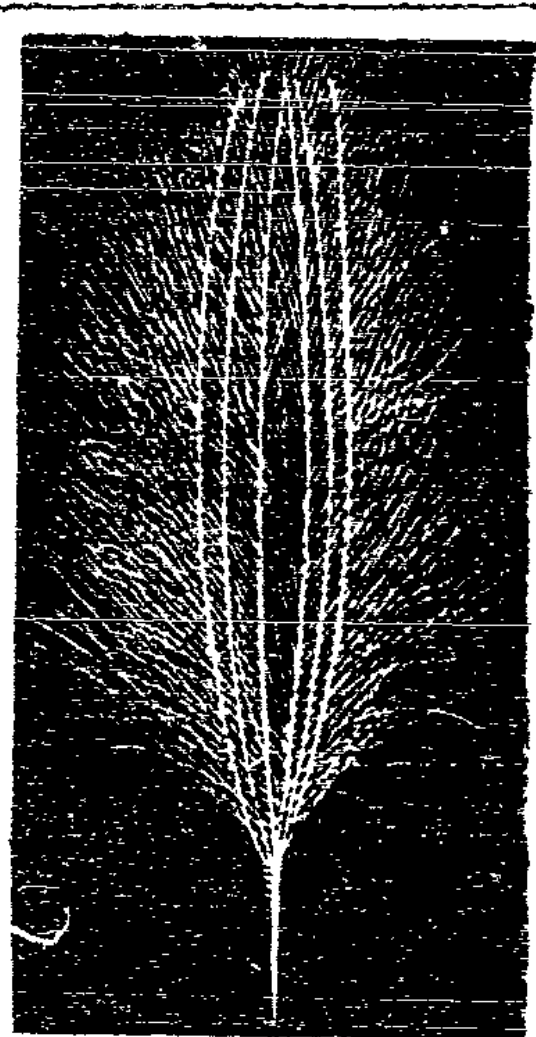
Hierzu eine Beilage.

Verantwortlich für die Rubriken „Danziger Nachrichten“ und „Aus Westpreußen“ Anton Jochen-Danzig, für den übrigen Inhalt des Blattes Hans Wittmoch-Königsberg i. Pr., für Inserate Franz Unterhalt-Danzig. Verlag Volkswacht A. Gehl u. Co., Danzig. Druck Königsberger Volkszeitung, G. m. b. H., Königsberg i. Pr.

Soziales

— Ueber Patentschwindelereien wird immer viel geklagt und es gibt wohl keine Zeitung, die nicht schon Zuschriften armer bedauernswerter Opfer der verschiedenartigsten Patentschwindelereien erhalten hätte. Aber nur selten sind solche Klagen, deren Kern wohl vollkommen berechtigt sein mag, geeignet, in der Öffentlichkeit behandelt zu werden, weil meist bei der einseitigen Darstellung solcher Fälle viele Unrichtigkeiten und Entstellungen mit unterlaufen. In letzter Zeit berichtete die Tagespresse über die Verhaftung einer auf dem Gebiete der Patentverwertung berichtigten Person mit Namen Ferdinand Kloster-

Ich hatte Gelegenheit einen grossen Restenposten Hutformen u. garnierte Hüte sehr billig zu erwerben, welche ich unerreicht billig verkaufe.



Allein-Verkauf
für
Danzig.
Beste Imitation.
Sieht aus wie
echter Reiher
Stück
2⁹⁵

Matelot-Hut-Formen, helle und dunkle Farben
Längliche Frauen-Formen in 4 Farben
Mittelgrosse Rundformen für junge Mädchen

Besonders **Garnierte jüngende Hüte** in 3 Dessins
billig

Sport-Hüte, schwarz und weiss
Schul-Kinder-Hüte, blauweiss
Garnierte Kinder-Hüte

Einheitspreis
95 Pf.
solange Vorrat.

Während dieser Zeit verkaufe sämtliche Putz-Garnierartikel spottbillig.

Seidene Bänder **73** Pf. | Rosen mit Stiel **75** Pf. | Reiher imit. **75** Pf.
streng moderne Streifen, nur Meter. | 18, 24, 38, 48 | 3-stielig . . . Stück

Echte Reiher schwarz und weiss, in 12-, 20- und 30-stielig Stück **60** Pf. **70** Pf. **80** Pf. **90** Pf.

Julius Goldstein

Lawendelgasse 4, gegenüber der Skt. Nikolalkirche.

Achten Sie genau auf meine Firma.

Brot
das wichtigste Nahrungsmittel, beziehen Sie in besten Qualitäten, in technisch u. hygienisch vollendeter Herstellung, für jeden Geschmack passend, durch unsere Niederlagen, erkenntlich an den **Blauen Schildern.**

Danziger Brotfabrik g. m. b. H.

Telephon 380. Kolkowgasse 15. Telephon 380.

Menschenjochthaus

Bilder vom kommenden Krieg!

Preis 1,00 Mk. Porto: Druckfache 10 Pf. Volkswacht-Buchhandlung, Danzig, Paradiesgasse Nr. 32

Grundenz

Konsum-Verein für Grundenz und Umgegend
G. m. b. H.

Sonntag den 24. Mai 1914, nachm. 2 Uhr

im „Goldenen Äster“

Jahres-Generalsammlung.

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht.
2. Kassenbericht.
3. Ergänzungswahl des Aufsichtsrats.
4. Vortrag des Verbandsleiters Hildebrandt: „Was wir wollen“.
5. Beschließenes.

Eintritt nur gegen Mitgliedsbuch.

Es ladet ergebenst ein

Der Aufsichtsrat

H. Pallwitz, Vorsitzender.

[487]

Zeitungsträgerinnen

Volkswacht Grundenz
Oberbergstraße 66 bei Rosin.

Neu erschienen:

Gewinnung und Schulung der Frau f. d. politische Betätigung

== 30 Pf. ==

Rosa Luxemburg vor der Frankfurter Strafkammer

== 10 Pf. ==

Buchhandlung der „Volkswacht“.

Thorn

Achtung! Achtung!
Parteimitglieder, Volkswachtleser u. Vorstandsmitglieder der Freien Gewerkschaften in Thorn. Am Donnerstag den 21. Mai, vormittags pünktlich 11 Uhr, findet im Goldenen Stern, Seglerstraße, eine

Außerordentliche allgemeine Mitglieder-Versammlung
statt.

Auf der Tagesordnung steht:

1. Die Befestigung der unpünktlichen Zustellung unserer Volkswacht. Referent: Genosse Jochen-Danzig.
2. Anträge und Stellungnahme zum diesjährigen Westpreussischen Parteitag am 14. Juni in Elbing.

Merke Genossen! Der wichtigen Tagesordnung wegen sollte kein Parteimitglied, Volkswachtleser und die Vorstände der Gewerkschaften fehlen. [486]

Die Vorstandsmitglieder der Freien Gewerkschaften sollen mehr wie bisher das Publikationsorgan, die Volkswacht, unterstützen.

Darum auf zu dieser Versammlung und agitiere ein jeder nach besten Kräften.
Mit Parteigrüß
Der Vorstand.

J. U.: Joh. Meffowski.

30 Mark verloren auf dem Wege Langgarnen-Schiff. F. Kuhn, Danzig, empfiehlt sein Hut- und Mützengeschäft.

F. Kuhn, Danzig, empfiehlt sein Hut- und Mützengeschäft. [110]